

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 1 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1.10 Mark, halbjährlich 2.20 Mark, jährlich 4.40 Mark. Einzelne Nummer 5 Pfennig. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

erschint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsbedeutende Zeilenlänge oder deren Raum 50 Pfennig für politische und gewerkschaftliche Verordnungen und Bekanntmachungen 30 Pfennig. „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 20 Zeilen (jeweils 2 Zeilenbreite) des ersten Tages 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 14. Oktober 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der deutsche Vorstoß auf Gent.

Keine französischen und russischen Erfolge.

Amlich. Großes Hauptquartier, 13. Oktober, vormittags. (W. L. B.) Vom westlichen Kriegsschauplatz liegen Nachrichten von Bedeutung nicht vor. Heftige Angriffe des Feindes östlich Soissons sind abgewiesen worden. Im Argonner Wald finden andauernd erbitterte Kämpfe statt. Unsere Truppen arbeiten sich in dichtem Unterholz und äußerst schwierigem Gelände mit allen Mitteln des Festungskrieges Schritt für Schritt vorwärts. Die Franzosen leisten hartnäckigsten Widerstand, schießen von den Bäumen und mit Maschinengewehren von Baumkanzeln und haben neben etagenweise angelegten Schützengraben starke festungsartige Stützpunkte eingerichtet.

Die von der französischen Heeresleitung verbreiteten Nachrichten über Erfolge ihrer Truppen in der Woivre-Ebene sind unwahr, nach Befangenen Aussagen ist den Truppen mitgeteilt worden, die Deutschen seien geschlagen und mehrere Forts von Metz bereits gefallen. Tatsächlich haben unsere dort fechtenden Truppen an keiner Stelle Gelände verloren, Etain ist nach wie vor in unserem Besitz. Die jetzigen französischen Angriffe gegen unsere Stellung bei St. Mihiel sind sämtlich abgewiesen worden.

Unsere Kriegsbeute von Antwerpen läßt sich auch heute noch nicht übersehen. Die Zahl der in Holland entwaffneten ist auf annähernd 28 000 Mann gestiegen. Nach amtlichen Londoner und niederländischen Nachrichten befinden sich hierbei auch 2000 Engländer. Scheinbar haben sich viele belgische Soldaten in Zivilkleidung nach ihren Heimatsorten begeben. Der Gebäude- und Materialschaden in Antwerpen ist gering. Die Schleusen- und Fährenanlagen sind vom Feinde unbrauchbar gemacht worden. Im Hafen befinden sich 4 englische, 2 belgische, 1 französisches, 1 dänisches, 32 deutsche und 2 österreichische Dampfer sowie 2 deutsche Segelschiffe. Soweit deutsche Schiffe bisher untersucht worden sind, scheinen die Kessel unbrauchbar gemacht worden zu sein.

Auf dem ostpreussischen Kriegsschauplatz verlief der 11. Oktober im allgemeinen ruhig. Am 12. Oktober wurde ein erneuter Angriff der Russen bei Schirwindt abgewiesen, sie verloren dabei 1500 Gefangene und 20 Geschütze.

In Südpolen wurden die russischen Vortruppen südlich von Warschau durch unsere Truppen zurückgeworfen. Ein Uebergangversuch der Russen über die Weichsel südlich Zwangorod wurde über die Verluste für die Russen verhindert. Oberste Heeresleitung.

Ein russischer Panzerkreuzer in den Grund gebohrt.

Amlich. Berlin, 13. Oktober. (W. L. B.) Ein russischer Panzerkreuzer der Bajantklasse ist am 11. Oktober vor dem finnischen Meerbusen durch Torpedoschuß zum Sinken gebracht worden.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes, Behnde.

Der neue Triumph deutscher Unterseeboote.

Berlin, 13. Oktober. (W. L. B.) Nach und vorliegenden Telegrammen verbreitet die russische amtliche Telegraphen-Agentur zu dem amtlich gemeldeten Untergang des russischen Panzerkreuzers folgende Nachricht: Am 11. Oktober 2 Uhr nachmittags (russische Zeit) griffen feindliche Unterseeboote von neuem unsere Kreuzer „Bajan“ und „Pallada“, die in der Ostsee auf Vorposten waren, an. Obgleich die Kreuzer sofort ein starkes Artilleriefener eröffneten, gelang es gleichwohl einem Unterseeboote, Torpedos gegen die „Pallada“ zu schießen. Auf dieser entstand eine Explosion und der Kreuzer versank mit seiner ganzen Besatzung senkrecht in die Tiefe.

Die Situation des Tages.

Die amtliche Meldung aus dem Großen Hauptquartier bestätigt die großen Verluste, die die belgisch-englische Armee auf dem Rückzug von Antwerpen erlitten hat. Annähernd 28 000 Mann dieser Armee sind in Holland entwaffnet worden, darunter 2000 Engländer. Ein weiterer Teil der Besatzungstruppen von Antwerpen hat sich scheinbar in Zivilkleidung nach den Heimatsorten geflüchtet. Im besten Falle dürften also zwei Drittel der Armee nach dem Westen entkommen sein.

Nach Amsterdamer Meldungen sehen die deutschen Truppen den Vormarsch über Gent hinaus und südlich von Gent energisch fort. Gent soll demnach bereits von deutschen Truppen besetzt sein. Andere deutsche Truppenteile säubern den südlich und südwestlich von Gent gelegenen Teil Belgiens. Nach einer auch von der „Nord. Allg. Ztg.“ wiedergegebenen Meldung sind deutsche Truppen bis Dudenarde (60 Kilometer von Gent) und von da aus gegen Cortryck (80 Kilometer südwestlich von Gent) vorgestoßen.

Auf dem französischen Kriegsschauplatz wollten die Franzosen an verschiedenen Stellen der ausgedehnten Kampfesfront Fortschritte gemacht haben. Die deutsche amtliche Meldung dementiert diese französischen Nachrichten mit aller Entschiedenheit. In Woivre, und namentlich bei St. Mihiel, haben unsere Truppen an keiner Stelle Gelände verloren.

In Ostpreußen behaupten unsere die Grenze verteidigenden Truppen nach wie vor ihre Stellungen. Ein erneuter Umgehungsversuch bei Schirwindt ist abgewiesen worden. Die Russen verloren dabei 1500 Gefangene und 20 Geschütze.

In Südpolen ist die russische Vorhut südlich von Warschau von unseren Truppen zurückgeworfen worden. Ein von den Russen beabsichtigter Vorstoß südlich Zwangorod (100 Kilometer südöstlich von Warschau) wurde abgewiesen, so daß es dem Feinde nicht gelang, die Weichsel zu überschreiten.

Die Weichsel und von Sandomir ab der San bildet gegenblicklich die Linie, bis zu der die deutsch-österreichischen Armeen vorgezogen sind. Nach den österreichischen Meldungen haben die Oesterreicher bei Przemyśl den San bereits überschritten. Jedenfalls ist Przemyśl entsetzt.

Zu diesen Erfolgen zu Lande gesellt sich ein Erfolg der deutschen Marine in der Ostsee, wo vor dem finnischen Meerbusen der russische Panzerkreuzer „Pallada“ in den Grund gebohrt worden ist. Nach der russischen Meldung ist „Pallada“ mit der ganzen Besatzung senkrecht in die Tiefe versunken.

Das untergegangene russische Schiff gehört zu der Klasse der Kreuzer vom Typ des „Bajan“, einer Klasse, die aus den Panzerkreuzern „Admiral Makarow“, „Pallada“ und „Bajan“ besteht. Es handelt sich um eine Schiffstypen aus den Jahren 1906 und 1907 von einer Wasserverdrängung von 8000 Tonnen. Der untergegangene Kreuzer hatte zwei Stück 20,3 Zentimeter, acht Stück 15,2 Zentimeter, 22 Stück 7,5 Zentimeter-Kanonen und eine Besatzung von etwa 600 Mann.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfahren hat, sind die am Kampfe beteiligten deutschen Streitkräfte völlig unbeschädigt geblieben.

Auch das Schicksal der „Pallada“ beweist, welche furchtbare und unheimliche Waffe dem modernen Seekrieg in den Unterseebooten erwachsen ist. Sind doch bisher fünf Kreuzer — vier englische und ein russischer — durch deutsche Unterseeboote vernichtet worden.

Die Angestellten im Kriege.

Nicht minder als die Arbeiter im engeren Sinne sind auch die Angestellten vom Kriege betroffen; ja, man muß vielleicht sogar sagen, auf ihnen lastet der Krieg noch schwerer als auf den Handarbeitern. Viele Tausende hat er um ihre Stellungen gebracht. Das macht sich jetzt erst — nach dem 1. Oktober, dem Ablauf des Rindigungsquartals — voll bemerkbar, obgleich auch vorher schon die Zahl der ertverbslosen Handelsangestellten unverhältnismäßig groß war. Charakteristisch kann da das Ergebnis der Arbeitslosenenzählung in Hamburg genannt werden, über das kürzlich auch im „Vorwärts“ kurz berichtet wurde. Von den rund 28 700 Beschäftigten, die sich dort am 14. September auf den Zählbüchern gemeldet hatten, gehörten nicht weniger als 7882 dem Handelsgewerbe an, zum allergrößten Teile als Angestellte. Dabei hatten sich zweifellos zahlreiche weibliche Erwerbslose — unter den Angestellten spielen die weiblichen Kräfte bekanntlich eine große Rolle — gar nicht gemeldet; das geht schon aus ihrer ganz dürftigen Zahl — 704 neben 7118 männlichen Berufskollegen — hervor, ist aber auch aus mancherlei Gründen leicht zu begreifen. Kein anderer Beruf wies in der Hamburger Zählung solche Zahlen auf wie das Handelsgewerbe. Im Baugewerbe, das um zweiter Stelle folgte, betrug die Zahl der Arbeitslosen noch nicht einmal halb so viel.

Die Schwierigkeiten, anderswo unterzukommen, sind dabei für die Angestellten noch ein gut Teil größer als für andere Arbeitslose. Den Notstandsarbeiten, die vielfach eingerichtet worden sind, fühlen sie sich bei all ihrer Gewohnheit eines ganz anderen Beschäftigung in der Regel nicht gewöhnt. Die Arbeitslosenunterstützungen sind ihnen nicht selten verweigert, weil sie noch nicht lange genug am Orte beschäftigt sind, um einen Anspruch darauf zu haben. Ueber aufgespeicherter Reich-tümer werden die wenigsten verfügen; man darf nie vergessen, daß der Durchschnittsangestellte, obgleich an seine Kleidung, sein ganzes Auftreten erhöhte Ansprüche gestellt werden, heute gemeinhin nicht mehr verdient als ein gelehrter Arbeiter. Monatsgehälter von 100 bis 150 M. sind — auch für ältere Angestellte — durchaus die Regel.

Diejenigen, die in ihrer Stellung geblieben sind, sind wieder in ungewöhnlich hohem Maße Gehaltskürzungen ausgesetzt. Soweit der Grund dieser Kürzungen in wirklichen Geschäftsschwierigkeiten zu suchen ist und in dem daraus entspringenden Bestreben des Chefs, lieber ein größeres Personal mit verminderter Gehalt zu beschäftigen, als einen Teil oder gar alle kurzweg brotlos zu machen, wird niemand Einwendungen erheben, die davon betroffenen denkenden Angestellten werden es selbst am wenigsten tun. Aber es mehrten sich die Klagen, daß die Gehaltskürzungen durchaus nicht allesamt mit berartigen Erwägungen zu rechtfertigen sind. Es wird von Firmen behauptet, daß ihr Geschäft durch Lieferungen für die Armee oder für die Kriegshilfsorganisationen blühe, und daß sie sich trotzdem nicht scheuten, unter Hintertast auf die allgemeine Lage, auf das Ueberangebot von Arbeitskräften, oder auch ganz ohne Begründung die Gehälter um ein Drittel, ja, um noch mehr herabzusetzen. Andere Firmen haben wohl zunächst durch den Krieg einen Ausfall; willig fügten sich deshalb die Angestellten, wenn neben einer verkürzten Arbeitszeit auch ein verkürztes Gehalt eingeführt wurde; aber inzwischen hob sich das Geschäft wieder; längst würde die Arbeitszeit auf das normale Maß zurückgesetzt; aber an eine Erhöhung der Gehälter dachte niemand.

Dabei ist auch hier immer zu bedenken, daß die von den Gehaltskürzungen Betroffenen zum guten Teil an sich nur sehr mäßige Bezüge hatten. Wenn man gar hört, daß auch armen Verkäuferinnen von ihren Monatsgehältern von 40 oder 50 Mark noch beträchtliche Abzüge gemacht wurden, dann möchte man doch sagen: hier handelt es sich um Grenzen, über die in keinem Fall hinausgegangen werden dürfte.

Selber ist es überaus schwer, eine wirksame Kontrolle zu üben, die völlig ungerechtfertigten, durch keinen wirtschaftlichen Zwang bedingten Fälle von Gehaltsminderungen auszuscheiden, um dann energisch gegen die übrigen vorgehen zu können. Zu den an sich schon überall gegebenen Schwierigkeiten tritt hier hinzu die Zersplitterung des Beschäftigungsbereiches in viele Kleinbetriebe, der Mangel gewerkschaftlicher, einer solchen Kontrolle wirklich fähiger Organisationen (da man die großen alten Handlungsgehilfenverbände hier kaum mitzählen kann) und der ungewöhnlich starke Druck, der durch das Ueberangebot von Kräften ausgeübt wird.

Aber Behörden, Angestelltenverbände und darüber hinaus die gesamte Öffentlichkeit sollten doch wenigstens nach Kräften zusammenwirken, um in den einzelnen Fällen Klarheit zu schaffen, und dann gegen ein solches Vorkommen gewinnluchtiger Ausnützung der Angestelltennot energisch vorzugehen.

Dazu müßte weit mehr als bisher getan werden, um den Arbeitsmarkt von den zahllosen Angebotsstellungen Angefallenen zu entlasten. Die Fürsorgeeinrichtungen müssen ausgebaut werden, so daß auch weitere Kreise von Angestellten daran teilhaben können. Es handelt sich in der Hauptsache hier um Kräfte, die für höherstehende Arbeiten Verwendung finden könnten, die besonders in den Postbetrieben, wo man ja schon einen Anfang gemacht hat, und in ähnlichen Anstalten viel dazu beitragen könnten, gewisse, durch den Krieg hervorgerufene Störungen zu beseitigen, die vielleicht auch in zahlreichen Militärbüros an Stelle von soldatischen Hilfskräften und von älteren, jetzt ausbittungsweise herangezogenen Beamten verwendet werden könnten. Endlich müssen — es kann gar nicht oft genug betont werden — durch ein Zusammenwirken von Reich, Staaten und Gemeinden auch darüber hinaus umfassende Einrichtungen geschaffen werden, die den nicht unterzubringenden Rest unterhalten, selbst wenn dazu hunderte von Millionen nötig sind, — umso mehr, als ja ein Weg, sie ohne Mühe zu beschaffen, auch an dieser Stelle schon gewiesen wurde in der Anregung einer womöglich bis zu 100 Proz. gehenden Besteuerung des Kriegsgewinns der Heereslieferanten. Eine solche Besteuerung des durch Kriegsgeschäfte erworbenen Vermögenszuwachses würde zugleich den Kampf gegen die ungerechtfertigtesten Gehaltsfälschungen sehr erleichtern.

Auch die maßgebenden Stellen verschließen sich erfreulicherweise nicht der Notwendigkeit, daß mit aller Kraft der wirtschaftlichen Not entgegengearbeitet werden muß. Nach der militärischen und finanziellen Mobilisierung hat jetzt auch die „Korbb. Wg.“ die wirtschaftliche Mobilisierung als Programm der nächsten Zeit aufgestellt. Öffentlich wird sie mit allem Ernst durchgeführt, und auch so, daß die Massen der beschäftigungslosen Angestellten dabei nicht zu kurz kommen.

Nach Antwerpens Fall. Die Lage in Antwerpen.

Amsterdam, 13. Oktober. Die holländischen Blätter weisen noch, daß in Antwerpen sowie in verschiedenen Vorstädten und den umliegenden Dörfern fast nichts zerstört ist. Sie veröffentlichen auch die Erklärung der Kommandanten von Antwerpen, daß die Leute nichts zu fürchten haben. Nach dem „Handelsblatt“ kehren ganze Karawanen von Flüchtlingen zurück und klagen ihre ausgefandene Not. Tausende deutscher Matrosen und Infanteristen ziehen singend durch die Stadt. Zurückbleibende Flüchtlinge bringen selbst Nahrungsmittel mit. Überall herrscht Ruhe. Das Fort Brakel ist intakt, die deutsche Fahne weht auf einigen Gebäuden. Die Belgier hielten belgische Fahnen und die Deutschen lassen sie ruhig wehen. Auf dem Rathaus von Antwerpen weht keine Fahne, während auf dem Rathaus in Brakel die belgische Fahne gehißt wurde. Die Deutschen haben der Polizei noch keine Befehle gegeben und haben sie ruhig im Besitz ihrer Waffen gelassen. Es kommen noch fortwährend belgische Soldaten über die holländische Grenze. In Cwolle kam es zu einem Streit zwischen belgischen und englischen Soldaten. Die Belgier machten den Engländern den Vorwurf, sie allein trügen an dem Unglück die Schuld. Auch in Kampen mußten englische und belgische Soldaten getrennt werden. Ueber das ganze Land hin sind die Gefangenen verteilt worden. „Frankf. Ztg.“

Die Beschädigungen Antwerpens.

Amsterdam, 13. Oktober. (B. Z. B.) „Nieuws van den Dag“ meldet aus Breda vom 12. Oktober: Ein Holländer, der gestern nach Antwerpen rabelte, erzählt, daß ihm die geringe Beschädigung der Stadt auffiel. Die zerstörten Häuser müßten geschätzt werden. In den Docks war die Zahl der Schiffe auffallend. Sie führten an den Masten keine Flaggen, nur bei einigen waren amerikanische zu bemerken. Ganz unbeschädigt sind das große Hospital, der Königspalast, die Zentralstation und die Frauenkirche. Beim Stadthaus sind nur an den Seitenflügeln Fenster zerbrochen. Im ganzen sind nach guter Quelle nur zwei und drei Häuser beschädigt worden. Unzutreffend ist das Gerücht, wonach die deutsche Verwaltung Männer von 18—30 Jahren ausgerufen hätte, um sie arbeiten zu lassen. Ganze Karawanen von Flüchtlingen sind bereits zurückgekehrt. Es geschieht ihnen kein Leid, und sie sind froh, wieder zurück zu sein. Tausende

Einzug in Antwerpen.

... 10. Oktober 1914.

Als eine der stärksten Festungen der Welt wurde Antwerpen immer wieder von den Franzosen, Belgiern und Engländern besetzt. Sie hoffen, daß Antwerpen uneinnehmbar sein werde. Schon nach kurzer Belagerung ist die mächtige Festung von den deutschen Truppen besetzt worden, und damit ist Belgien vollständig in den Gewalt Deutschlands gelangt, wenn auch vielleicht noch kurze Zeit im nordwestlichen Teil des Landes belgische Truppen sich halten sollten. Lange wird das bestimmt nicht der Fall sein, vielmehr ist nun mit der raschen vollständigen Okkupation des ganzen Landes zu rechnen.

Wenn einmal in allen Einzelheiten bekanntgegeben werden wird, wie Antwerpen belagert und erobert wurde, so wird es ein nicht geringes Staunen geben. Auch diese Leistung wird zu den großen Heldentaten der Kriegsgeschichte gehören. Zu Hause in Deutschland ist der Fall Antwerpens freilich schon längst erwartet worden. Nach der Einnahme von Lüttich und Namur, dem siegreichen Gefecht bei Tienen und der Besetzung Brüssels glaubte man hoffen zu dürfen, daß auch die Forts von Antwerpen bald dem schweren deutschen Belagerungsgeschütz erliegen würden, und die Gefangennahme der in die Festung gedrängten belgischen Armee und der ihr zu Hilfe geeilten Engländer durch eine große Belagerungsarmee erschien bereits als etwas Selbstverständliches. In Wirklichkeit hat die Belagerung und Besetzung von Antwerpen noch nicht zwei Wochen gedauert, und eigenartig wie die Belagerung war auch die Einnahme der Festung.

Manche Ereignisse erfährt man um so später, je näher man ihnen ist. Am Freitag in den ersten Nachmittagstunden ging in Brüssel das Gerücht von Mund zu Mund, daß sich Antwerpen ergeben hätte. Eine einwandfreie Bestätigung war an amtlicher Stelle um 4 Uhr nachmittags nicht zu erhalten, und eine Stunde später wußte man nur, daß die belgische Besatzung der Forts nicht mehr saße und daß die belgischen und englischen Truppen die Stadt verließen, um sich nach Frankreich durchzuschlagen. Erst um 7 Uhr stand für uns absolut fest, daß die Stadt besetzt sei. Um 13 Uhr waren die ersten deutschen Soldaten in Antwerpen einmarschiert und westlich der Stadt hatte ein heftiger Kampf begonnen, um von den flüchtenden Belgiern und Engländern möglichst viele abzufangen. Sonnabend nachmittags wurde der große Einzug unserer Truppen in die Stadt erfolgt.

Dazu führte uns das Automobil von Brüssel in schneller Fahrt hinaus auf zum Teil schon bekanntem Wege. In den geschlossenen

deutscher Matrosen und Infanteristen zogen singend durch die Stadt. Sie sahen vorzüglich aus. Auf allen Häusern wehte die belgische Flagge, was die Deutschen nicht behinderten.

Aus Ael wird vom 12. Oktober gemeldet: Entlang der gesamten holländischen Grenze wurde gestern heftig geschossen, besonders bei Moerbeke, Wachbeke, Erarde und zwischen St. Nikolas und Gent. Die deutschen Vorpösten wurden gestern bei Moerbeke und Zelzete etwas zurückgetrieben. Aber im ganzen rücken die Deutschen in der Richtung nach Gent—Ostende vor. Unaufhörlich ist Kanonendonner und Schnellfeuer zu vernehmen, es scheint, als ob der Rest des belgischen Heeres noch eine verzweifelte Hoffnung hegt, den Feind zurückzuhalten. Es kostet den Belgiern starke Verluste, besonders an Reiterei. In der Gegend entlang wimmelt es von reitenden Pferden, die wild umherlaufen und stark abgemagert sind.

Acht Tage in der Hölle.

London, 13. Oktober. (B. Z. B.) „Times“ melden: Mannschaften der Marinebrigade, die nach achtstägiger Abwesenheit gestern von Antwerpen in Dover ankamen, erzählten, sie seien acht Tage lang in der Hölle gewesen. Einmal seien sie zwischen belgischen und deutschen Feuer geraten und hätten den Belgieren telefonieren müssen, das Feuer einzustellen. Trotzdem einige Leute erst seit sechs Wochen im Dienst seien, hätten sie in den Schützengraben unter dem Granatfeuer große Kaltblütigkeit gezeigt. Nach dem Abmarsch von Antwerpen seien sie vierzig Meilen bis Orloggemarschiert, von wo aus sie mit der Eisenbahn befördert worden seien.

Die Anzahl der belgischen Flüchtlinge in England wird auf 40 000 geschätzt. Im Laufe der beiden letzten Tage kamen allein 5000 an.

Keine deutschen Schiffe in Antwerpen zerstört.

Bremen, 13. Oktober. (B. Z. B.) Wie die „Weser-Zeitung“ erfährt, haben die Reedereien der in Antwerpen festgehaltenen deutschen Schiffe aus Brüssel durch das Reichsfinanzamt die telegraphische Aufforderung erhalten, Vertreter nach Antwerpen zu senden und von ihrem Eigentum wieder Besitz zu nehmen.

Amn. der Red. des „Vorwärts“: Die Gruselgeschichte von der Versenkung von 32 deutschen Schiffen in Antwerpen war also auch nur eine jener Tatarennachrichten, deren in den letzten zwei Monaten schon so viele widerrufen werden mußten!

Die Rückkehr der Antwerpener Bevölkerung.

Von der holländischen Grenze, 13. Oktober. Die in Rosendaal weilenden Antwerpener sind, wie „Telegraaf“ meldet, am Sonntagmittag zusammengetreten, um zu beraten, ob sie dem Aufruf des Generals v. Weseler zur Rückkehr Folge geben sollen. Die Mehrheit war inessen der Meinung, dies einstweilen nicht zu tun. Die Leute befürchten, daß jetzt die gewohnte Zufuhr von Lebensmitteln aufgehört wird, sowie auch, daß Gas- und Wasserleitung zerstört sind. Andere wollen dagegen wieder nach Antwerpen zurück. Die niederländische Regierung ist mit der deutschen Regierung in Verbindung getreten, um Maßregeln für die baldige Rückkehr der Flüchtlinge zu vereinbaren. — Unter den in Amersfoort internierten 10 000 Belgiern befindet sich der bekannte General Jamotte vom Antwerpener Festungskorps. Das Kommando über die Internierungen führt der holländische General Anel. Ein Teil der Engländer ist nach Zeeworden gebracht worden.

Die französische Presse und der Fall Antwerpens.

Kopenhagen, 13. Oktober. Der Fall Antwerpens ist Gegenstand lebhafter und ausführlicher Besprechungen in der ganzen französischen Presse. Viele Blätter trösten sich, wie „Politiken“ gedruckt wird, damit, daß die Uebergabe Antwerpens keinen Einfluß auf die militärische Lage haben werde. Der „Matin“ schreibt, die größte Bedeutung des Ereignisses liege darin, daß so viele deutsche Truppen jetzt frei werden und an der Front gegen die Verbündeten operieren können. Es sei deshalb notwendig, daß die Franzosen auch ihrerseits ihre Front bedeutend verstärken. Die „Guerre Socialiste“ schreibt sehr pessimistisch: Wollen wir jetzt aus dem Fall Antwerpens die notwendige Lehre ziehen, so wird dieses Ereignis jetzt endlich unsere Augen öffnen und uns klar machen, daß wir weit davon entfernt sind, daß das deutsche Heer geschlagen ist. Wir müssen unsere

Ortschaften vor Mecheln sieht es noch immer furchtbar aus, denn nur sehr wenige der geflohenen Einwohner sind zurückgekehrt. Auf den Straßen von Mecheln sind schon wieder Leute zu sehen, aber ihre Zahl war doch noch sehr gering. An militärischer Stelle in Mecheln erfahren wir erst, wie es um Antwerpen wirklich stand. Im Laufe des Vormittags hatten sich die Besatzungen aller Forts ergeben; der kürzeste Weg für unsere Fahrt zur Stadt war frei. Das bedeutete jedoch nur, daß wir nicht belgische Kanonen zu beschießen hatten. Hindernisse gab es immerhin noch zu überwinden.

Wo wir am Dienstag und Mittwoch bei den feuernden deutschen schweren Kanonen gestanden hatten, war es jetzt öde und leer. Längst waren die Geschütze mehrere Kilometer weiter vorgezogen. An mehreren Batterien kamen wir bald vorüber, deren mächtige Mäure noch nach der Stadt gerichtet waren, die von ihnen beschossen worden war. Vorher passierten wir den Uebergang über die Reihe, der unseren Truppen nicht geringe Schwierigkeiten bereitet hatte. Jetzt haben die Pioniere, deren Arbeit man immer wieder von allen Truppenteilen bewundernd rühmend hört, schon eine feste Brücke über den Fluß gebaut. Reichliches, sorgsam vorbereitetes Material für vorläufigen Brückenbau brandete nicht mehr verwendet zu werden und kann nun an anderer Stelle gute Dienste leisten.

Was die großen Kanonen angeht, die wir am Dienstag und Mittwoch bei der Arbeit gesehen hatten, zeigte sich heute unseren Blicken. Es war das ärgste an Verwüstung, was wir bisher im Kriege gesehen haben. Die Straßen sind von Granaten tief aufgewühlt, die Felser von ihnen förmlich gepflügt; zertrümmert und verbrannt sind Hunderte von Häusern, an deren Trümmern ab und zu noch ein belgisches Häkchen weht. Sungrige Schweine rannten umher, tote Kühe und Pferde, mächtig aufgeschreckt, streckten die starren Beine in die Höhe. So ungewöhnlich groß ist die Verheerung, weil sowohl Belagerer als auch die Belagerten abwechselnd manche Orte beschossen haben. Zwischen den Ruinen müssen sich nun unsere Landsturmmänner einrichten. Was aus den geflüchteten Bewohnern werden soll, ist nicht zu ersehen.

Zum Glück sind nicht alle Antwerpener Vororte unter Feuer genommen worden. Eine Anzahl Ortschaften sind nahezu unversehrt geblieben, und dort fanden sich manche Bewohner auch schon wieder ein.

In riesiger Ausdehnung ziehen sich, dicht hintereinander liegend, vor Antwerpen die sogenannten Juncoforts hin. Sie sind wenig beschoßen worden, nur an wenigen Stellen waren die tiefen Spuren eingeschlagener Granaten zu sehen. Man hat über diese für die Verteidigung der Festung nur noch wenig bedeutsamen An-

anstrengungen verdoppeln. Gustav Herbst schreibt: Unsere Herzen sind beim Falle Antwerpens dem Verfall nahe. Unser Schmerz ist mit einer demütigen und tiefen Reue gemischt, daß wir der Stadt nicht zu Hilfe kommen konnten. („Frankf. Ztg.“)

Was man in Bordeaux glaubt.

London, 13. Oktober. (B. Z. B.) Die „Times“ melden aus Bordeaux:

Französische Militärkreise glauben, Antwerpens Fall verlängere den Krieg. Die Deutschen könnten den Hafen befestigen und eine Basis für Zeppelinangriffe gegen die britische Küste aus ihm machen.

Englische Militärs halten die Tage der Festungen für gezählt, da den gewaltigen Geschossen der deutschen Riesengeschütze kein Festungswerk widerstehen könne.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die Besetzung von Gent.

Amsterdam, 13. Oktober. (B. Z. B.) „Telegraaf“ meldet aus Sas van Gent: Die Besetzung von Solgarete verlief ruhig, nur gegen Abend wurden einige Schiffe auf Leute abgegeben, welche an der Eisenbahn entlangschlichen. Ueber den Einzug der Deutschen in Gent erfährt man, daß er mit klingendem Spiel erfolgte, nachdem die Engländer die Stadt verlassen hatten. Sofort wurden das Stadthaus, die Postämter und Stationen in Besitz genommen, die Postkasse beschlagnahmt und die deutsche Flagge statt der belgischen, französischen und englischen gehißt. Durch eine Proklamation wurde bekanntgemacht, daß wer wollte, Montag und Dienstag die Stadt verlassen dürfe, später würde keine Erlaubnis zur Abreise erteilt werden. Viele hundert Belgier verließen die Stadt.

Die Deutschen bei Oudenarde.

Amsterdam, 12. Oktober. „Telegraaf“ meldet aus Sas van Gent: Ein Zeppelin ist am Sonntag über Oudenarde bemerkt worden. Er kam von Deinze her. — Neun Mann erschienen in Renair, durchsuchten den Bahnhof und ritten in der Richtung auf Cortray weiter. — 500 Deutsche haben die Nacht in Sottegem zugebracht. Sie sprengten zwei Bahnbrücken in die Luft.

Die Londoner Furcht vor deutschen Luftfahrzeugen.

London, 13. Oktober. Der Staatssekretär des Ministeriums des Innern erklärt von neuem einen Aufruf an das Londoner Publikum, in den Abend- und Nachtstunden kein Licht zu brennen oder, wenn dies nicht angängig sein sollte, dafür zu sorgen, daß kein Lichtstrahl nach außen fällt. Auch die Automobile sollen lichtlos fahren, besonders über Brücken, denn wenn das Fahrzeug über eine Brücke fährt, so könnten sich die Lichter in der Wasseroberfläche widerspiegeln und würden einem feindlichen Luftfahrzeug so Gelegenheit bieten, die Brücke zu erspähen und durch Bombenwürfe zu zerstören.

Die kanadische Hilfstruppe.

Paris, 13. Oktober. (B. Z. B.) Dem „Temps“ wird aus Montreal gemeldet, daß die Stärke des kanadischen Freiwilligenregiments auf vier Doppelkompanien mit einem Maschinengewehrtrupp festgesetzt sei. Die Stadt Quebec werde ein Panzerauto mit einem Schnellfeuergeschütz stellen.

Feindliche Flieger über Karlsruhe.

Karlsruhe, 2. Oktober. (B. Z. B.) Heute nachmittag und heute abend erschienen feindliche Flieger über der Stadt. Ein abends um 6 Uhr erschienenen Fliegengerät bewegte sich langsam über den Waffen- und Munitionsfabriken und den Kasernen. Wie man erfährt, entkam der Flieger unversehrt.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Die Oesterreicher überschreiten den San.

Wien, 12. Oktober, mittags. (B. Z. B.) Amtlich wird mitgeteilt: Unsere Offensive hat unter vielfachen, für unsere Truppen durchweg siegreichen Kämpfen den

lagen hinweggeschossen in die Stadt hinein. Auf einem der Wälle flatterte noch die von Geschossen durchlöcherter belgische Fahne. Einmal stand ein Stück entfernt davon ein deutscher Wachtposten. Die belgische Besatzung ist gefangen abgeführt worden. Aber die von ihr geschaffenen Hindernisse, die den Zugang zur Stadt sperren sollten, sind bei der Kürze der Zeit noch nicht weggeräumt worden. Eine Straße fanden wir mit Drahthindernissen gesperret, so daß wir genötigt waren, die Besatzungen zu umfassen. Das nächste Tor war furchtbar verbarrikadiert; die folgende Straße war aufgerissen, mit Stacheldraht überspannt und mit großen Steinen besetzt. Als wir mit dem schweren Wagon weiter rechts nach einem Zugang suchten, blieben wir auf einem großen Kupplung, auf dem unversehrt zwei Luftschiffhallen stehen, eine Weile im Sand stecken. Es begann zu dämmern, als wir abermals zwischen Wall und Graben vor einem Kollisionshindernis halten mußten. Mit Spaten und Seitengewehren wurde die Bahn freigelegt, während ein Stück weiter, aus anderer Richtung kommend, unübersehbare Truppenmassen zur Stadt zogen.

Endlich hatten wir die Vorstadt erreicht. Geschossen waren die meisten Häuser, wenige Zivilisten zu sehen. Hunderte von Fahnen in den belgischen Farben flatterten noch. Auf den Straßen dröhnte der Marschtritt Tausender von Soldaten, an schier unendlich langen Jügen von Kavallerie, Artillerie und Munitionswagen kamen wir vorbei. Nur vorsichtig konnte die Fahrt vor sich gehen. Tiefe Löcher haben die Granaten in das Straßenpflaster gerissen. Als und zu ist ein Haus zertrümmert, auf ein paar Brandstellen züngeln noch Flammen empor. Blumengeschmückt und mit Fähnchen an den Helmen zogen immer neue Regimenter daher: Artillerie auf dem Fuhrdamm, Reiter auf dem einen Bürgersteig, endlose Infanteriezüge auf dem anderen. Die Nacht brach herein. Dunkelheit erfüllte die Straßen, in denen der Lärm des einziehenden Heeres dröhnte und brandete. Im Westen lobte eine riesige Feuersbrunst und warf ab und zu Lichter auf das wogende Meer von Soldaten.

In der breiten Hauptstraße steht das Königschloß, von dessen Ballon vor wenigen Tagen der Belgierkönig von der Bevölkerung der Stadt in einer Ansprache aufopferungsvolles Aushalten geordert hat. Dunkel lag der alte Bau da. Davor hielt der General mit seinem Stab und ließ die einziehenden Truppen vorbei defilieren. Trommeln rasselten, Rieder erklangen, hoch ragten die selbigen Fahnen der Regimenter und braufende Hurraufe erfüllten die Luft. Dabei waren nur undeutlich die Kolonnen zu sehen, denn keine Laterne brannte auf der Straße. Stumm stand die Antwerpener Einwohner, von denen viele nicht geflohen sind, und sahen diesem ebenso fesselnden wie grandiosen Schauspiel zu.

Sau erreicht. Der Entschluß der Festung Przemysl ist vollzogen. Nördlich und südlich der Festung werden die Reste der feindlichen Einschließungsarmee angegriffen. Jaroslau und Lezajsk sind in unserem Besitz. Von Siemianowa geht ein starker Feind zurück. Dostlich Chygrow schießt unser Angriff gleichfalls fort. In Russisch-Polen wurden alle Versuche starker russischer Streitkräfte, die Weichsel südlich von Zwangorod aus zu überschreiten, abgeklungen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefler, Generalmajor.

Die Riesenschlacht im Osten.

London, 13. Oktober. (W. L. V.) „Morning Post“ meldet aus Petersburg: Hier werden augenblicklich die Kriegsoperationen in Rußland völlig geheim gehalten. Die Heere konzentrieren sich zu einer Riesenschlacht, die an Umfang alles überrufen wird, was man bisher gekannt hat. Es wird wahrscheinlich noch eine Woche dauern, bis man Nachrichten von Bedeutung erwarten kann.

Einberufung des russischen Landsturms.

Nach einer Mitteilung der „Reitsch“ vom 4. Oktober sind in Moskau die Angehörigen der Landsturms erster Klasse für die Jahre 1909—1913 einberufen. Als erster Tag der Mobilisation ist der 3. Oktober angelegt.

Der Seekrieg.

Dampfer mit russischer Fracht aufgebracht.

Stettin, 12. Oktober. (W. L. V.) Die „Stettiner Neuesten Nachrichten“ melden: Unter der Führung deutscher Marinemannschaften kamen gestern Abend in Swinemünde an die Dampfer „Velle No.“ (Krisiania), „Grimdon“ (Gesse) und „Kringal“ (Karlshamm), alle drei von Schweden und Rußland mit Holzfracht nach London bezw. Grimsby bestimmt. Die Dampfer wurden von deutschen Torpedobooten bei Falsterbo angehalten. Während der vergangenen Nacht wurde ferner der Dampfer „Louise“ (Vereinigte Dampfschiffgesellschaft Kopenhagen) mit Gütern und Proviant nach Rußland bestimmt, in Swinemünde eingebracht. Endlich sind heute früh in Begleitung eines deutschen Torpedobootes in Swinemünde angekommen die Dampfer „Jore“ (Gosensburg) und „Anton“ (Schweden) mit Holz von Rußland nach England bestimmt.

Kriegsbekanntmachungen.

Das Photographieren im Felde.

Berlin, 13. Oktober. (W. L. V.) Das Photographieren auf dem Kriegsschauplatz und in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten ist nur mit Genehmigung des Chefs des Generalstabes des Reiches und auf Grund der Befehle von ihm erlassenen Bestimmungen gestattet. Gefühle um Zulassung sind an die Presseabteilung des stellvertretenden Generalstabes der Armee zu richten. Zur Aufnahme kinematographischer Bilder ist eine besondere Erlaubnis erforderlich. Photographische und kinematographische Aufnahmen dürfen erst dann veröffentlicht, verbreitet oder veröffentlicht werden, wenn sie der militärischen Zensur zur Prüfung vorgelegt haben und von ihr freigegeben sind. Die Tätigkeit von Photographen und Berichterstattern ohne Ausweis des Generalstabes ist verboten.

Parlamentskämpfe in Japan.

Rom, 13. Oktober. (E. R.) Nach einer französischen Meldung aus Yokohama spielen sich gegenwärtig im japanischen Parlament erbitterte Kämpfe ab. Die konservative Partei bekämpft lebhaft die Politik der Regierung. Marschall Yamagata unterstützt die Opposition. Die alte Militärpartei tritt für eine Ausdehnung der kriegerischen Operationen ein.

Persische Stämme gegen die Russen.

Konstantinopel, 13. Oktober. (W. L. V.) „Idam“ erzählt von ununterrichteter Seite, daß die persisch-turdischen Stämme bereits den dritten Angriff auf die Russen unternommen hätten, wobei diese geschlagen wurden. Die Kurden eroberten zwei Kanonen und nahmen drei Offiziere gefangen. Ungefähr 50 russische Soldaten fielen. Die Stadt Urmia, in welche die geschlagenen russischen Truppenabteilungen flüchteten, ist voll von Verwundeten. Die Kurden sollen sich Urmia bis auf zwei Wegstunden genähert haben.

Tod des früheren sozialdemokratischen Dumaabgeordneten Malinowsky.

Der frühere sozialdemokratische Dumaabgeordnete Malinowsky, dessen Mandatsniederlegung im verflochtenen Frühjahr großes Aufsehen erregte, ist laut der „Reitsch“ in einer der Schlachten an der russischen Grenze gefallen.

Die gefangenen Geistlichen.

Berlin, 13. Oktober. Nichtamtlich. (W. L. V.) Während in Deutschland die Geistlichen im Felde, soweit sie nicht als Militärseelsorger Anstellung finden, im allgemeinen in der Krankenpflege verwendet werden, müssen bekanntlich die französischen Geistlichen als einfache Soldaten in den Reihen des Heeres mit der Waffe kämpfen. Viele von ihnen sind infolgedessen bereits in deutsche Gefangenschaft geraten und in unseren großen Gefangenenlagern untergebracht. Mit der Bitte, das Los dieser Geistlichen zu erleichtern, wandte sich der Erzbischof von Köln, Kardinal v. Hartmann, mit einer Throneingabe an Seine Majestät den Kaiser. Wie wir hören, hat Seine Majestät der Kaiser in hochherziger Weise dieser Bitte stattgegeben und zu genehmigen geruht, daß die gefangenen französischen Geistlichen wie Offiziere behandelt werden.

Politische Uebersicht.

Kein Mitleid mit den Belgiern!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schloß ihre auch von uns wiedergegebenen Mitteilungen über die belgischen Abmachungen mit England mit den Worten:

„Sie (die Mitteilungen) mögen dem belgischen Volk die Augen öffnen, wenn es die Katastrophe zu danken hat, die jetzt über das unglückliche Land heringebrochen ist.“

„Vernünftig ließ sich der „Berliner Lokalanzeiger“ vernehmen: „Noch zittert die Freude über den schnellen Fall Antwerpens in unseren Herzen nach, aber unsere Gefühle gegen den unterlegenen Feind haben sich gewandelt. Kein Zweifel, anfangs, als die belgischen Frantireure wild wider uns aufbegehren, erschallte und grimmer Born, jetzt ist an seine Stelle lediglich Mitleid getreten.“

Diese Aeußerungen, die ein gewisses Mitleid durchklingen lassen, haben das Mißfallen einiger Blätter erregt. Sie polemisieren aufs heftigste dagegen, unbekümmert um den „Vurgfrieden“.

Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt zu den Worten des „Lokalanzeigers“:

„Wir zittern das nur, um dagegen zu protestieren, daß jemand schon jetzt den Versuch macht, anstatt der deutschen Sache gegen Belgien die belgische Sache gegen Deutschland zu führen. Das wäre ein neuer Quereiserversuch bedeutendster Art. Die Nation muß sich dergleichen an der Schwelle verbiten. Man verführe uns mit betartigen lamentablen Mitleidsbarkeiten. Wir haben anderes, Wichtigeres vor uns und noch keine Zeit, das selbstbereite Los Belgiens zu bejammern.“

Die „Post“ nennt die Ausführungen des offiziellen Blattes eines „Flaumacherei“: „Sie scheint gerade in dem kleinen Belgien den Hauptfeind zu erblicken; denn sie schrieb: „Gerade den Belgiern gegenüber wäre jede Rücksicht und überzogene Rücksichtnahme gründlich verfehlt. Sie haben die gebotene Friedenshand mit Hochgespött zurückgewiesen, so mögen sie nun auch die Stärke unserer Faust fühlen. Es feste merkwürdigerweise hierzulande ja nicht an Versuchen, die Belgier jetzt nach dem Fall Antwerpens möglichst weit zu waschen.“

Und dann wieder: „Großmut ist eine schöne Eigenschaft und wir Deutsche dürfen sagen, daß sie uns wahrlich nicht fremd ist. Aber es gibt eine Großmut am falschen Ort und zur falschen Stunde. Sie heißt einfach: die Schwäche. Oder: der Rückfall in die Schwäche. Und diesen Rückfall, vor dem uns Gott bewahren möge, planmäßig herbeizuführen, erscheint uns als ein Verbrechen am eignen Volk. Die Stunde der deutschen Großmut für Belgien hat noch nicht geschlagen. Noch ist das Land nicht völlig in unserm Besitz.“

Wir wissen, daß die Empfindungen des deutschen Volkes, in dessen Namen zu sprechen jene Blätter wohl nicht bevollmächtigt sind, in diesem Falle weit mehr mit den Aeußerungen der Regierungspresse als mit den aufgeregten Artikeln der „Post“ und „Rundschau“ übereinstimmen.

Reichstagswahlen ohne Kampf.

Für die Reichstagswahl in Mannheim, die, wie bereits berichtet, auf den 17. November angelegt ist, hat der Wahlkreisaustrich der Nationalliberalen beschlossen:

„Den Zeitumständen entsprechend, nimmt die nationalliberale Partei des 11. badischen Reichstagswahlkreises von der Aufstellung einer Kandidatur für die Erstwahl am 17. November Abstand. Sie nimmt an, daß die sozialdemokratische Partei im Wahlkreis Seibelberg-Eberbach ebenso verfahren wird.“

Auch für die Reichstagswahl in Kurier-„Littmund“, die durch das Ableben des nationalliberalen Abgeordneten Semler nötig wird, hat am Sonntag in Wilhelmshaven eine zahlreich besuchte Vertrauensmännerberathung der Fortschrittlichen Volkspartei nach der „Freisinnigen Zeitung“ einstimmig beschlossen, in Rücksicht auf den Krieg von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen. Von nationalliberaler Seite ist bekanntlich Dr. Stressemann als Kandidat aufgestellt worden, dessen Wahl somit gesichert ist.

Beschwerde der Stadt Chemnitz über die Feldpost.

Auch der Rat der Stadt Chemnitz hat jetzt beschlossen, infolge der Klagen, die die Bürgerschaft über die Mängel bei der Feldpost führt, den Reichskanzler und den Staatssekretär des Reichspostamts dringend um Abhilfe zu bitten.

Der Prozeß gegen Princip.

Sarajewo, 12. Oktober. (W. L. V.) Prozeß gegen Princip und Genossen. In einer von der hiesigen Staatsanwaltschaft verfaßten Anklageschrift wird die Anklage gegen Princip und Genossen, insgesamt 23 Personen, wegen Hochverrats erhoben und gegen weitere drei Personen wegen des Verbrechens der Mitwisserschaft und der Verheimlichung von Waffen, die für das Attentat bestimmt waren. Die Anklageschrift behandelt ausführlich die Entstehungsgeschichte der in Belgrad von den Organen der Narodna Odbrana angezettelten Verschwörung, schildert eingehend die Reise der Verschwörer und die Einschmuggelung von Waffen und Bomben nach Bosnien, ferner, wie die Verschwörer in Sarajewo Mordtäter wurden, wie sie die Waffen unter sich verteilten und sich zur Ausführung des Attentats auf den Strahlen aufstellten. Princip gestand in der Untersuchung ein, daß er mit dem zweiten Schuß den Landeshof Potiorek töten wollte, jedoch die Gemahlin des Erzherzogs Franz Ferdinand traf. Zum Schluß ergeht sich die Anklageschrift ausführlich über die Motive des Attentats. Sie schildert das irredentistische Treiben der großserbischen Kreise in Belgrad, die bis zum kaiserlichen Hof hinaufreichten, die systematische Wählerarbeit gegen Oesterreich-Ungarn und das habsburgische Herrscherhaus in Serbien, Kroatien und Bosnien, die den einzigen Zweck hatte, Kroatien, Dalmatien, Istrien, Bosnien und die Herzegowina sowie die von Serben bewohnten süngarischen Provinzen von der Monarchie loszureißen und Serbien anzugliedern. Die Verschwörer Princip, Grabez und Cabrinovic gestanden ein, daß sie in Belgrad den Haß gegen die Monarchie und die großserbische Gesinnung eingefloßen und die politische Vereinigung aller Südslawen im Sinne hatten, und daß der Zerfall Oesterreich-Ungarns und das Entstehen eines großserbischen Reiches ihr politisches Ideal gewesen sei. Im Dienste dieses Ideals hätten sie den Plan zu dem Mordanschlag gegen Erzherzog Franz Ferdinand gefaßt und schließlich verwirklicht.

Die Verhandlung des Prozesses gegen die Attentäter Princip und Genossen wird öffentlich geführt. Außer Princip sind 24 Mitangeklagte auf der Anklagebank erschienen. Der Mitangeklagte Mohammed Mehmed Dasko ist nach Montenegro entwichen, wo er von den Behörden verhaftet, jedoch aus dem Gefängnis in Niksic entflohen sein soll. Sein Aufenthalt ist unbekannt. Nach Verlesung der Anklageschrift wurden Nebjeljo und Cabrinovic vernommen.

Sarajewo, 13. Oktober. (W. L. V.) Prozeß Princip und Genossen. Angeklagter Cabrinovic gestand im Verhör zu, anfangs sozialistischen und anarchischen Ideen gehuldet zu haben. Später, als er in Belgrad mit dem serbischen Major Vasic in Verbindung gekommen sei, habe sich in ihm ein Umwandlung zum serbischen Nationalismus vorbereitet. Nachdem er aus der sozialistischen Gruppe des Blattes „Glas Slobode“ hinausgedrängt worden sei, habe er sich nach Belgrad begeben, wo er ein überzeugter serbischer Nationalist geworden sei. Das Ziel, das er sich vorgesetzt habe, sei die gewaltsame Losreißung der südslawischen Länder von der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Vereinigung mit Serbien gewesen. Er sei zum erstenmal auf den Gedanken gekommen, Franz Ferdinand zu ermorden, als ihm ein Zeitungsausschnitt zugefand wurde, auf dem stand, daß der Thronfolger nach Sera-

jevo kommen werde. Diese Nachricht habe er auch Princip mitgeteilt, der ihm zugerufen habe, gemeinsam mit ihm den Anschlag auszuführen. Cabrinovic sei hauptsächlich darum darauf eingegangen, weil in Belgrad allgemein behauptet worden war, der Thronfolger sei der Führer der Kriegspartei, die Serbien erobern würde. Der Angeklagte gestand, gewußt zu haben, daß der Verein Narodna Odbrana den großserbischen Tendenzen diene. Princip habe ihm mit dem Beamten der serbischen Eisenbahnen Ciganovic beauftragt, der ihnen Waffen und Bomben liefern sollte. Ciganovic habe jedoch erklärt, er habe selbst keine Mittel, um Bromninspitzen anzuschaffen und werde sie deshalb an Major Tancosic weisen.

Inzwischen hätten Princip und Cabrinovic auch Grabez für ihr Vorhaben gewonnen. Grabez sei zu Tancosic gegangen, der ihn gefragt habe, ob sie entschlossen seien, den Anschlag auszuführen, worauf sie von Ciganovic vier Revolver erhalten hätten. Ciganovic habe auch Grabez und Princip im Schießen unterrichtet. Vor seiner Reise nach Bosnien habe ihnen Ciganovic sechs Bomben und Chantali übergeben. Beim Abschied habe er Princip ein Schreiben an den serbischen Major Popovic in Schabatz übergeben. Von diesem seien sie empfangen und sodann mit falschen Legitimationen auf der Bahn nach Loguzica befördert worden. Hier habe sie der Genschaupmann Pranovic empfangen und Princip und Grabez dem serbischen Finanzassessor Grbic zur Beförderung über die bosnische Grenze übergeben. In Tuzla sei Cabrinovic mit Princip und Grabez zusammengekommen und dann mit ihnen nach Sarajewo weitergefahren. In Sarajewo habe Danilo Ilic alle Verschwörer zusammengebracht und Waffen und Chantali unter sie verteilt. Der Angeklagte gestand zu, daß er gegen das Automobil des Thronfolgers eine Bombe geworfen habe, in der Absicht, diesen zu töten. Er gab auch an, daß er im Monat April durch den Direktor einer Druckerei Givoinj Dacic dem serbischen Kronprinzen Alexander vorgezeigt wurde und mit ihm gesprochen habe. Den Inhalt des Gesprächs wollte jedoch der Angeklagte nicht verraten.

Aus der holländischen Kammer.

Amsterdam, 9. Oktober. (Fig. Ver.) In der heutigen Kammer-Session brachte die Regierung den Entwurf über den zweiten außerordentlichen Kredit von 50 Millionen Gulden ein. Unsere Parteigossen haben für ihn gestimmt, wie schon für den ersten. In der Partei haben sich da und dort Stimmen geltend gemacht, als ob damit die bisherige Stellung zum Militarismus preisgegeben worden sei. Nicht nur bei der „S. D. V.“, sondern besonders in einigen ländlichen Gegenden, wo der Sozialismus einen merkwürdig sentimentalen Einschlag hat, ist Kritik geübt worden. Indes hat die über große Mehrheit der Genossen der Taktik der Fraktion zugestimmt, die nicht nur die in der gegebenen Zeit für Holland dringende Wehrfähigkeit der Nation, sondern auch ein Minimum von Versorgung der Familien der Einberufenen und den von der suchbaren Arbeitslosigkeit Betroffenen sicherte. Für die heutige Verhandlung hatte die sozialistische Fraktion nur eine Anzahl von Beschwerden referiert, die Genosse Ter Laan vertat. Sie betrafen u. a. das Verhalten der militärischen Autoritäten gegenüber der sozialistischen Propaganda, die jetzt im Heer sehr lebhaft ist, und speziell das von manchen Offizieren verhängte Verbot des „Het Volk“ in den Militärslagern. Ter Laan sagte: Jetzt ist das ganze Volk unter die Waffen gekommen. Wie kann man erwachsenen Leuten verbieten, ein Blatt, an das sie gewöhnt sind, zu lesen. Der Kriegsminister, Herr Boschaorn antwortete: „Ich halte das Verbot, „Het Volk“ zu lesen, für widerförmig, wie jede Beschränkung der Gewissensfreiheit. Andererseits gebe ich jedem Kommandanten das Recht, aus Lokalen, wo er den Befehl führt, Schriften zu verteilen.“ Der Minister meinte dann, es könne sich doch höchstens um vereinzelte Fälle handeln. Er sehe keinen Grund, in bezug auf die Letztere der Soldaten jetzt andere Richtlinien zu verfolgen als in gewöhnlichen Zeiten. — Ter Laan replizierte: Gerade in ungewöhnlichen Zeiten besteht bei den militärischen Autoritäten die Neigung, sozialistische Blätter, ja selbst wissenschaftliche Schriften zu verbieten. Jetzt ist aber das Uebel ärger, eben weil das Volk selbst unter den Waffen ist. Man verhindert selbst Gewerkschaftsmitglieder, die Versammlungen ihrer Verbände zu besuchen, wo über ihre Interessen gesprochen wird. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Essad Pascha, Herr von Albanien.

Athen, 12. Oktober. (Meldung der Agence d'Athènes.) Essad Pascha ist zum Präsidenten der Regierung von Albanien und zum Oberbefehlshaber ernannt worden.

Letzte Nachrichten.

Niederlage der russischen Belagerungsarmee vor Przemysl.

Wien, 13. November, mittags. (W. L. V.) Amtlich wird verlautbart: Gestern schlugen unsere gegen Przemysl anrückenden Kräfte, unterstützt durch einen Ausfall der Besatzung, die Einschließungstruppen derart zurück, daß sich der Feind jetzt nur mehr vor der Ostfront der Festung hält. Bei seinem Rückzuge stürzten mehrere Kriegsbrücken nächst Sognica ein. Viele Russen ertranken im San. Der Kampf östlich Chygrow dauert noch an. Eine Kosakendivision wurde von unserer Kavallerie gegen Drohoboz geworfen. In den durch sehr ungünstige Witterung und schlechte Wegeverhältnisse außerordentlich erschwerten Marschen und Kämpfen der letzten Wochen hat sich die Leistungsfähigkeit unserer braven Truppen glänzend bewährt. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefler, Generalmajor.

Die Wirkung von Antwerpens Fall auf England.

Amsterdam, 13. Oktober. (W. L. V.) „Telegraaf“ meldet aus London: Der Flottenkorrespondent der „Times“ schreibt: Der Fall Antwerpens läßt natürlich gewisse maritime Fragen auftauchen, aber wir brauchen uns nicht unnötige Sorgen zu machen. Die maritime Lage wird nicht im mindesten geändert. Antwerpen kann nicht die Operationsbasis gegen England werden, solange Deutschland die Rechte neutraler Völker achtet.

Der Verfasser erörtert sodann den Einfluß der Ereignisse auf den Handel. Der Luftkrieg und die Blockade der Unterseebecken würden den holländischen Handel treffen. Wir wollen — so heißt es — nicht angreifen. Jeder Schritt in diesem Sinne würde als äußerste Maßregel behandelt werden.

Ein amtliches Communiqué der englischen Admiralität besagt, daß der englische Fliegerpark, besetzt durch gebangerte Automobile, sicher zu seiner Basis zurückkehren dürfte. Daß es für deutsche Flieger möglich wäre, Fahrten von Antwerpen zu machen, beweise noch nicht, daß sie die englische Küste erreichen könnten. Sie würden Calais, aber nicht Dover erreichen können. Zum mindesten könnten sie nicht mit Sicherheit zurückkehren. Für Kuppelluftschiffe seien Hallen nötig und eine Kuppelhalle in Antwerpen sei nicht sicherer als die in Düsseldorf.

Der Nachfolger Ferratas.

Rom, 13. Oktober. (W. L. V.) Kardinal Pietro Gasparri ist zum Staatssekretär des Heiligen Stuhls ernannt worden.

Heute Mittwoch, den 14. Oktober: Zahlabend in Groß-Berlin.

Die Kriegsgefangenen.

Umfangreiche Maßnahmen sind getroffen, um den Gesundheitszustand der vielen tausend Kriegsgefangenen, die sich bereits in Deutschland befinden, zu überwachen.

Die Gesundheitshaltung der Kriegsgefangenen ist, wie die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ richtig ausführt, nicht nur eine selbstverständliche Pflicht humaner Kriegsführung, sondern dient auch unserem eigenen Interesse, zumal jeder anstehende Kranke eine Gefahr für seine Umgebung bedeutet. Vor der Vordringung schütz die bei der ganzen Bevölkerung durchgeführte Impfung. Da bei den Nachbarländern diese Vordringung nur unvollkommen gehandhabt wird, werden alle Kriegsgefangenen alsbald nach dem Eintreffen im Lager geimpft. Bei der Unterbringung, Verpflegung und ärztlichen Versorgung der Gefangenen wird nach erprobten hygienischen Grundregeln verfahren. Jedes Lager hat seine eigenen Ärzte, Lazarette und Isolierbaracken oder -zelte seine eigenen Krankenpfleger. Regelmäßige, häufige Gesundheitsbesichtigungen der Kriegsgefangenen ermöglichen das rechtzeitige Herausfinden Kranker und Krankheitsverdächtiger. Alle russischen Gefangenen werden baldmöglichst nach dem Eintreffen im Lager von besonders vorgebildeten Ärzten auf ansteckende Augenkrankheit (Trachom, Härnerkrankheit) untersucht und die erkrankten Befundenen abgetrennt. Besonderer Nachdruck wird auf die fortgesetzte hygienische Ueberwachung der Lager gelegt. Die für das Auftreten etwaiger ansteckender Krankheiten erforderlichen Desinfektionsapparate und Mittel, Versandgefäße für leimhaltiges Material zur Untersuchung, sind bereits sichergestellt oder werden nach Bedarf beschafft.

Da immer wieder Behauptungen laut geworden sind, die fremden Kriegsgefangenen in Deutschland könnten es zu gut und bequem haben, ist amtlich von neuem eine genaue Darstellung der Behandlung und Verpflegung unserer Kriegsgefangenen gegeben worden. Darin heißt es:

„Es ist nicht zutreffend, daß die Kriegsgefangenen sich eines unzulässigen und bequemen Daseins erfreuen, sie werden vielmehr mit Arbeiten für militärische Zwecke (Verbesserung der Truppenübungs-, Schieß- und Exerzierplätze) oder für land- und volkswirtschaftliche Zwecke (gemeinnützige Arbeiten, Moor- und Schafkultur, Kanal- und Begebauarbeiten) beschäftigt und dabei unter strenger militärischer Aufsicht gehalten.“

Ein Körper, dem Arbeitsleistung zugemutet wird und dem dabei nur eine dürftige Nahrung gewährt wird, muß bald in seinem Kraftzustand zurückgehen und für alle Krankheiten, besonders aber für ansteckende, überaus empfänglich werden und dann aber eine Gefahr für seine Umgebung und die Gesundheit des Landes bilden. Deshalb liegt es durchaus in unserem Interesse, daß die Kriegsgefangenen eine Kost erhalten, die ihren früheren Lebensgewohnheiten nach Möglichkeit angepaßt ist und nach den Arbeitsleistungen, die sie zu verrichten haben, bemessen wird. Dem Kriegsministerium sind für die Verpflegung allgemeine Leitsätze aufgestellt, in deren Rahmen die Stellvertretergemeine des Generalkommandos für ihren Bezirk nach Anhörung ihrer ärztlichen und Verwaltungsorgane zu bestimmen haben, wie die Verpflegung für die Kriegsgefangenen gestaltet werden soll unter billiger Rücksichtnahme auf die einzelnen Nationalitäten und deren Gewohnheiten, wie auf die Zubehaltung solcher Verpflegungsmittel, die für unsere Heeres- und Vorkampfnahrung nicht in vollem Umfang nötig sind. . . . Jeder Kriegsgefangene erhält eine tägliche Proportion von 500 Gramm erhalten; zur Schonung unseres Brotgetreides ist ein Zusatz von Kartoffelmehl in Aussicht genommen. Im allgemeinen wird nur alle zwei Tage eine Fleischportion von etwa 150 Gramm verabfolgt, die entweder aus frischem Fleisch — vorwiegend Schweinefleisch —, Speck, Salz- oder Rauchfleisch besteht, oder durch eine entsprechende Menge von Fischen — gesalzen oder geräucherter Serringe, getrocknete Fische (Stodfisch), Fischkonserven — ersetzt werden kann —, Milch und Milchprodukte, wie Käse und Rahm, sollen in ausgedehnter Maße verwendet werden, ferner Kartoffeln und Kartoffelpräparate (Pöden), Stroh- und Zuderrüben, alle Kohl- und sonstigen Gemüsearten, Hülsenfrüchte, Weizenmehl, Weizenkleie, Sonnenblumensamen usw. Zur Rettung der Speise sollen Margarine, Kolos- und andere Pflanzenfette dienen. Zur Bereitung von Kaffee sollen Kaffeebohnen und Zusatzmittel benutzt, auch können statt Kaffee dünne Weizen- oder Roggenmehlsuppen verabreicht werden. Alkoholartige Getränke werden

nicht gewährt, auch Tabak wird nur mit Einschränkung zugelassen. Die Verpflegung ist einer fortgesetzten ärztlichen und sachverständigen Ueberwachung unterstellt; es wird dafür gesorgt, daß die Kriegsgefangenen eine ausreichende, beförmliche, aber durchaus einfache Kost erhalten, bei der sie sich körperlich wohl befinden, ohne zu vergessen, daß sie Gefangene in Feindesland sind. Den kirchlichen und rituellen Vorschriften wird bei der Verpflegung der Gefangenen nach Möglichkeit Rechnung getragen.

Die gefangenen Offiziere haben für ihre Verpflegung selbst zu sorgen. Die Kommandanten der Gefangenenlager wachen darüber, daß sie sich in einfacher, angemessener Weise verpflegen und jede Heppigkeit meiden. Der Genuß alkoholischer Getränke ist auch den Offizieren verboten und ihnen nicht gestattet. Privatwohnungen zu beziehen, sie werden vielmehr unter strenger Aufsicht in fiskalischen Räumen, abgeschlossen von der Außenwelt, untergebracht.“

In den letzten Tagen sind wieder mehrfach Briefe von Kriegsgefangenen bekannt geworden, die sich über die bei den Deutschen genossene Behandlung und Verpflegung rühmend äußern.

Die Behandlung der deutschen Gefangenen im Auslande läßt nach neueren amtlichen Bekundungen vielfach sehr zu wünschen übrig. Ueber das Verhalten Rußlands heißt es:

„Das Los der Verhafteten nach dem russischen Osten traf nicht nur die Wehrpflichtigen, sondern auch zahlreiche ältere Personen, Frauen und Kinder. Man nahm ihnen die Pässe weg, beschränkte ihr Gepäck auf das allernotwendigste und zeigte vor allem eine besondere Virtuosität, Geld aus ihnen herauszupressen. Jeder, der mit den Gefangenen in Verbindung kommt, ob Offizier oder Beamter, findet irgendeinen Grund, um die Armen zahlen zu lassen; selbst unter dem Hinweis auf das Rote Kreuz werden Gelder erpreßt. Das Privatvermögen der Deutschen auf den Banken wird mit Beschlag belegt, die Gefangenen müssen für die Bauern unentgeltlich die schwersten Arbeiten verrichten. Die unglücklichen Männer aus den gebildeten Ständen leiden unter den körperlichen Anstrengungen unendliche Qualen. So mußte ein nach Westsibirien verschiffter Deutscher die letzten 150 Kilometer zu Fuß zurücklegen. Er wird am Orte seiner Verbannung wie ein Sträfling mit Begebauarbeiten beschäftigt.“

Ueberhaupt werden die festgenommenen Deutschen wie Verbrecher behandelt. So hat man die militärisch tüchtigen Offiziere und Mannschaften eines beschlagnahmten Dampfers ins Gefängnis gebracht und sie tagelang hungern lassen, nachdem man sie bis aufs Hemd entkleidet und ihnen alles nur irgend Wertvolle abgenommen hatte. Erst nach drei Wochen wurden sie mit andern Gefangenen nach Orenburg, teils mit der Bahn, teils zu Fuß verschifft. Ein hochangesehener deutscher Konsul im Alter von 72 Jahren wurde mit seiner Familie nach dem nördlichen Ural verschifft und, obwohl er den Antrag stellte, ihn gegen Zahlung 2. Klasse fahren zu lassen, erbarmungslos den Strapazen einer langen Gefangenentour unterworfen.“

Damit steht allerdings nicht ganz in Einklang, wenn es dieser Tage in der durch das Wolffsche Bureau verbreiteten Auslassung an die ostpreussische Bevölkerung heißt, daß „die Nachrichten über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Rußland im allgemeinen nicht ungünstig sind.“

Auch über Frankreich wird lebhafteste Klage geführt:

„In einem der dortigen Gefangenenlager“, so heißt es, „sind die Gefangen untergebracht, die von den Franzosen aus Sennheim, Altmünster und Thann fortgeschleppt wurden. Es befinden sich darunter ein Amtsrichter, ein Schulinспектор, mehrere angesehene Bürger, Frauen und Kinder. Die Verhafteten wurden zu zweien gefesselt nach einer größeren Stadt gebracht und unterwegs vom Pöbel beschimpft und mit Steinen geworfen. Man brachte sie in einem Artillerieschuppen unter, ohne daß man ihnen Schlafdecken gab. Kleider und Schuhe wurden ihnen am Leibe gerissen und nach verborgenen Schrittschritten durchsucht, zwei Frauen haben die Franzosen völlig entkleidet und distriert. Die Nahrung war ganz unzureichend. Gegenwärtig befinden sich in dem erwähnten Lager noch 300 Reichsangehörige, darunter etwa 40 Frauen.“

Aus einer Anzahl anderer Gefangenenlager in Frankreich werden günstigere Bekundungen laut. Es sei an den durch das Wolffsche Bureau selbst verbreiteten Bericht des amerikanischen Konsuls erinnert, der sich nach eingehender Untersuchung der Verhältnisse recht lobend äußerte. Dazu kommen eine ganze Anzahl einzelner Briefe und Karten, die bekannt geworden sind, die zum Teil auch bereits an dieser Stelle veröffentlicht wurden. Fast jeder Tag bringt und neue derartige Zeugnisse. Heute wurde uns wieder das Original einer Karte vorgelegt, auf der ein Sohn seinen Eltern mitteilt, wie er als Verwundeter in französische Gefangen-

schaft geriet. Er wurde nach Montauban, Departement de Tarn et Garonne, gebracht. Ueber seine Behandlung schreibt er: „Es geht uns ganz gut. Ein großer freier Platz für den Tag, große Hallen für die Nacht zum Ruhen. Zweimal warmes Essen am Tag, schönes Wetter, süßliches Klima. Ärztliche Behandlung sehr gut.“

Ueber die Behandlung der deutschen Gefangenen in Belgien veröffentlicht nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ eine Sammlung mit Namen gezeichneter Zuschriften gefangener deutscher Soldaten, darunter mehrerer Offiziere. Alle drücken ihre Genugtuung über die ausgezeichnete Pflege und Behandlung aus, die ihnen in Belgien zuteil geworden ist.

Ueber die Behandlung der Gefangenen in England widersprechen sich gleichfalls die Mitteilungen. Einzelne Briefe, die veröffentlicht wurden, enthalten lebhafteste Klagen. Daneben steht aber auch z. B. wieder ein Brief wie dieser, den unser Kölner Parteiblatt veröffentlichte, abgehandelt aus dem Gefangenenlager von Trimley bei Aldershot:

„Wie Du jetzt siehst, bin ich Kriegsgefangener, aber lieber Junge, ängstige Dich nicht, es ist nicht so schlimm, wie es sich anhört. Ich wurde am 8. September, nachts um 1 Uhr, verhaftet; nach zweitägigem Aufenthalt auf der Polizei wurden wir kolonnenweise nach unserem jetzigen Plaz transportiert. Wir sind auf einem großen Felde, so wie die Wülheimer Heide, wir schlafen in Zelten mit guten dicken Decken; wir bekommen (12 Mann pro Zelt) gutes Essen, 1/2 Pfund Fleisch, genügend Kartoffeln, Tee, Zucker, Butter, Brot; außerdem kann man in der Kantine alles kaufen, wie Tabak, Zigaretten, Wärmelose, Käse usw. Kurz, wir werden gut behandelt. Die Herren Militärs wie der Herr Kommandant sind in jeder Beziehung sehr zuvorkommend, solange sich niemand etwas zuschulden kommen läßt. Solange schönes Wetter ist, ist es gut, jedoch bei Regen ist es minder angenehm. Jetzt will ich schlafen und bitte Dich, noch Empfang dieses sofort nur einige Worte zu antworten, damit ich weiß, ob Du dieses bekommen hast. Du kannst deutsch schreiben, aber nur in lateinischen Buchstaben und nur zwei Seiten, weil der Brief durch die Zensur geht.“

Man wird nach all dem wohl annehmen müssen, daß die Behandlung unserer Kriegsgefangenen im Auslande nicht gleichmäßig ist. Es kommen sicherlich Ausreicherungen vor, und die Behandlung gibt an manchen Orten sicher zu Klagen Anlaß. Aber es scheint doch erfreulicherweise, daß anderwärts auch wieder manches getan wird, um unangebrachte Härten zu vermeiden.

Recht interessant ist der Auszug eines Briefes aus Yokohama, der am 20. August an eine Bremer Firma abgehandelt und in der „Bayer-Zeitung“ veröffentlicht wurde. Es heißt da:

„Was die Lage im allgemeinen anlangt, so war man anfänglich infolge des von Japan gestellten Ultimatums und der darauf erfolgten Kriegserklärung in ziemlich großer Sorge. Nachdem aber die japanische Regierung erklärt hatte, uns in jeder Beziehung schaden zu wollen, hat man sich beruhigt, und es besteht jedenfalls vorläufig keine Gefahr. Japan ist offenbar durch England, Frankreich und Rußland zu dem Ultimatum veranlaßt worden, ist im allgemeinen aber gegen Deutschland durchaus nicht feindselig gesinnt. Es ist auch nicht anzunehmen, daß Japan irgend etwas gegen uns unternehmen wird, was seinem Renommee oder seiner Stellung als Großmacht Schaden könnte.“

Das läßt darauf schließen, daß unsere Landsleute in Japan keinen Verfolgungen und Unbilden Ausgesetzt sind.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 49 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Generalkommando des 1. Armeekorps, Stadtwache; 8. Reservekorps; 2. Garde-Inf.-Div., Stab; 11. Res.-Div., Stab; 7. und 27. Inf.-Brig., Stab; 41. Res.-Inf.-Brig., Stab; 1. und 2. Garde-Res.-Inf.-Reg.; Garde-Gren.-Reg. Alexander; Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. des 4. Armeekorps Nr. 6; Leib-Garde-Gren.-Reg. Nr. 9; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 8; Gren.-Reg. Nr. 10; Res.-Inf.-Reg. Nr. 13; Inf.-Regiment Nr. 14, 18; Res.-Inf.-Reg. Nr. 18; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 18; Inf.-Reg. Nr. 19; Res.-Inf.-Reg. Nr. 19; Res.-Inf.-Reg. Nr. 22; Inf.-Reg. Nr. 24; Res.-Inf.-Reg. Nr. 26; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 29; Füsilier-Regiment Nr. 24, 37; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 39; Inf.-Regiment Nr. 42, 43.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

XXXIII.

den 9. Oktober 1914. Seit vier Tagen tobt ein heftiger Kampf, der sich in breiter Front hingieht. Die Russen, die vorzudringen suchen, werden zurückgedrängt. Bald gewinnen sie neues Terrain, bald verlieren sie andere Positionen. So wagt der Kampf unter energischen Vorstößen und hartnäckiger Verteidigung hin und her. Die Russen haben große Kräfteaufmassen angeheft. Sie sind auch zäh im Angriff mit der gut stehenden Artillerie. Wie ich höre, sollen auf russischer Seite japanische Offiziere mit Kruppischen Kanonen gegen unsere Truppen im Feuer stehen. Was unsere Soldaten leisten müssen, kann man daraus erkennen, daß einzelne Verbände in den ersten 60 Tagen des Krieges 36 Kampftage hinter sich hatten. Einige Truppenkörper waren an 18 bis 20 Gefechten beteiligt, und manche dieser Gefechte dauerten zwei und drei Tage. Trotzdem sind die Leute in guter Stimmung und überraschend guter Verfassung. Wir führen getrennt hinaus auf das Schlachtfeld, um den Aufmarsch und die Operationen der Truppen zu beobachten. Im allgemeinen macht man sich von einer modernen Schlacht ein ganz falsches Bild. Große farbenprächtige Angriffe und vorstürmende Infanteriemassen auf breitem Gefechtsfelde sieht man heute nicht mehr. Auf dem eigentlichen Schlachtfelde erblickt man selten Soldaten. Die Infanterie liegt in Schützengräben oder hinter Dedungen. Dahinter die Artillerie, die je nach dem Stande des Gefechts entweder überwiegend die feindliche Infanterie oder die feindliche Artillerie aufs Korn nimmt. Gewöhnlich sieht die Artillerie in der Verteidigung ihre Hauptaufgabe darin, die feindliche Infanterie aus ihren Geschützen zu bestreichen. Wird die Infanterie des Feindes vernichtet, so kann seine Artillerie nicht mehr viel ausrichten. Für den Angreifer liegt die Hauptaufgabe darin, die Artillerie des Gegners schwach zu setzen, damit die Fuhrtruppen vorstoßen können. Es war daher eine besondere Voraussetzung, als bei den Kämpfen an den masurenischen Seen eine Infanteriekompagnie eine russische Batterie im Sturm nahm.

Von A. aus strebten wir dem Kampflage zu. Die Wege waren teilweise unpassierbar. Auf dem höchsten Punkt eines welligen,

allmählich ansteigenden Geländes lag eine Batterie unserer schweren Geschütze. Sie feuerten über uns hinweg. Als wir die erste Höhe erreicht hatten, mahnte ein vorgeschobener Posten: „Bleiben Sie in Dedung!“ — Durch die Taleinschnitte, Furchen und Gräben sollten wir uns hinauffschlingeln. Vor uns sahen wir Patrouillen und Mannschaften, die Essen für die Truppen in den Dedungen und Gräben hinauftrugen. Hin und wieder erkundete unser Führer erst das Gelände, dann rückten wir in ausgezogener Linie nach. Bald war eine Dedung erreicht. Kurz vorher überschritten wir auf kürzerem Wege eine etwas freie Höhe. Juruks machten uns darauf aufmerksam, daß wir den Russen ein Ziel böten. Und richtig, da kam auch schon ein Geschütz herüber. Sekundenlang hörte man das eigenartige hoch-tausende Geräusch. Dann schlug eine Granate ungefähr 100 Schritte seitlich von uns ein. Weiterhin warf sie das Erdreich in die Höhe. Wieder hörte man das Heulen, Pfeifen und Säusen eines Geschosses; viel näher, kaum 50 Schritt hinter uns, schlug es ein. Noch zwei Geschosse, die uns galten, gruben sich, aber weiter zurück, in den Boden. Dann waren wir in der Dedung und dem Geschützfeld der Russen entzogen. Mit Oberwortworten begrüßten uns die hier lagernden Soldaten verschiedener Waffengattungen. Man konnte glauben, ein friedliches Wanderbild vor sich zu haben. Da sah man Leute Kaffee kochen, Kartoffeln schälen. Einige hatten sich in Stroh eingebuddelt, andere hockten in Erdhöhlen, rauchten und plauderten. Hier unterhielten sich drei Mann durch eine Chatpartie. In einer anderen Gruppe rih einer Wipe. Gleich daneben spielten ein paar Soldaten Schafstopp. Mit einer Nummer der „Nordd. Allgemeinen“ hatte sich ein Hauptmann in eine mit Stroh ausgefüllte Grube zurückgezogen. So ins Leben vertieft, daß er trotz des Lärmes, der unser Einbruch in dieses Stillleben hervorrief, nicht einmal aufschaute. Vor einem Höhlenbau sah ein Leutnant ohne Fußbekleidung. Sein Bursche hatte die Stiefel in Reparatur. Auf einmal bildete sich ein dichter Answel von Soldaten. Einige der Verdächtigten hatten ihre Zigarettenboxen hervorgeholt und wer eine erhielt, setzte sie sofort in Brand. Das war ein Genuß! Dazu domerten unablässig die Kanonen. Zuweilen war auch Gewehrfeuer zu hören. Später sagte mir ein Offizier: „Wenn man einige Male im Gefecht war, hört man von dem ganzen Getöse nichts mehr!“

Abends bezogen die Leute die Schützengräben, es wird nachts gekämpft. Im Schutze der Dunkelheit versucht der Gegner, die

Schützengräben zu gewinnen. Einmal war er an dieser Stelle bis an die Stachelbrachzähne herangelommen. Da stellten ihn die Scheinwerfer in taghelles Licht und lenkte sich das Infanteriefeuer auf ihn.

Um näher an die Gefechtslinie heranzukommen und einen größeren Ueberblick zu gewinnen, schlängelten wir uns durch einen Graben hinaus und erreichten ein Geschütz auf dem Kamme des Höhenzuges. Da sahen wir Schützengräben, Verhaue, einschlagende und zündende Geschosse, brennende Geschütze, aber nur selten einen Soldatenkopf. „Nicht sehen lassen, kein Ziel bieten“, ist die Parole. Die Bewohner des Geschützes waren nicht ausgerückt, obwohl hier schon manches Geschütz eingeschlagen hatte. — Auf dem Rückweg passierten wir eine Lücke zwischen zwei Gebäuden: „Achtung, die Lücke wird von russischen Scharfschützen bestrichen!“ rief man uns zu. Wir kamen unbelästigt hindurch. Nur ein Rauchgüßer hörte eine Kugel pfeifen. Auf einem Umweg, an unseren brüllenden schweren Batterien vorbei, gelangten wir zu unseren Wagen zurück. Die Dämmerung begann und eisriger ließen die Kanonen ihre langanhaltendes dumpfes Gebrüll hören.

Guch über uns, aus der Richtung der russischen Anmarschlinien kam ein Flieger heran. Seine Erlundungen bestimmen die Operationen der Nacht. Aber nicht unmittelbar hinter der deutschen Front kam er herunter. Er flog vorbei, bis zum Hauptquartier. Hier sieht der Lenker der Schächten vor seinen Karten. Jede Stellung der eigenen und der feindlichen Truppen ist eingezzeichnet. Alle Meldungen laufen hier zusammen. Unablässig spielt der Feldtelegraph und funktioniert das Telephon. Meldereiter bringen Berichte. Nun kommt der Flieger. Der Gegner hat die Stellung gewechselt, Kräfte zusammengezogen. Einige Striche weist der Kommandierende auf die Karten. Dann gibt er ruhig seine Befehle. Der Tracht bringt sie an die Front. Die Befehlshaber und Truppenchefs nehmen sie in Empfang und geben sie weiter. Eine halbe Stunde später als wir den Flieger gesehen, vollzieht sich an der Front die durch die Meldungen und Befehle notwendige Wenderung in den Operationen.

Durch einen Druck auf den Knopf geht der Armeeführer die ganze ungeheure Maschinerie in Bewegung.

Immer noch wütet der Kampf. Es ist fraglich, ob heute noch eine Entscheidung fällt. D a w e i l, Kriegsberichterstatter.

45, 50, 66; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 68; Inf.-Reg. Nr. 78; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 80, 81, 83, 84; Inf.-Regiment Nr. 87, 88, 89, 90; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 95, 96; Leibgarde-Inf.-Reg. Nr. 115; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 118; Inf.-Regiment Nr. 141, 157, 161, 164, 168, 173; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 174; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1; Jäger-Reg. Nr. 2; Ref.-Feld.-Artillerie-Reg. Nr. 4; Jäger-Reg. Nr. 2; Ref.-Feld.-Artillerie-Reg. Nr. 8; Drag.-Regiment Nr. 8, 14; Leibkavallerie-Reg. Nr. 1; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 5; Manen-Reg. Nr. 10; Jäger-Regiment zu Pferde Nr. 13.

1. Garde-Ref.-Feldart.-Reg.; Feldart.-Reg. Nr. 3; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 3; Feldart.-Regiment Nr. 4, 5, 11; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 12, 13, 15; Feldart.-Regiment Nr. 17, 18, 24; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 25; Feldart.-Regiment Nr. 35, 36, 40, 42, 55, 59, 67, 70; Landw.-Feldart.-Reg. der 4. Landw.-Div. Fuhart.-Regiment Nr. 1, 4, 7, 8, 10, 11, 13.

Garde-Pion.-Bat.; Pion.-Bataillone Nr. 2, 4; 2. Pion.-Bataillone Nr. 4, 5, 6; Pion.-Bataillone Nr. 7, 21; Pion.-Reg. Nr. 29.

Militär-Eisenbahn-Direktion Nr. 3.
Ref.-Munitionskolonnen-Abt. Nr. 6 des 3. Referatkorps.
Sanitätskompanie Nr. 2 des 17. Armeekorps.
Ref.-Divisions-Brigadetrain Nr. 11 des 6. Ref.-Korps; Ref.-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 61 des 1. Ref.-Korps Braunsberg; siehe Landsturm-Abt. S. 1.

Die Verlustliste Nr. 25 der bayerischen Armee enthält Verluste des 10. Infanterie-Regiments.

Die Verlustliste Nr. 26 der sächsischen Armee bringt Verluste der Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 103, 104, 106, 107, der Infanterie-Regiment Nr. 106 und 179, der Jägerbataillone Nr. 12 und 13, der Pionier-Bataillone Nr. 12 und 22, der Ueberplanmäßigen Stappen-Fuhrpark-Kolonnen des XIX. Armeekorps und der 4. Reserve-Artillerie-Munitionskolonnen Abt. 24.

Gegen Verschleuderung.

Die von uns bereits erwähnte Verordnung des Bundesrats vom 8. Oktober, die sich gegen Verschleuderung von Sachen bei Versteigerungen richtet, tritt mit dem 17. Oktober in Kraft.

Nach dieser Verordnung ist bei einer Zwangsversteigerung in jeder Hinsicht die Vermeidung des Verschleißes der gepfändeten Sachen vor der Versteigerung zu schützen.

Die Schätzung geschieht durch den Gerichtsvollzieher. Ist gemäß § 818 der Zivilprozessordnung zur Pfändung ein Sachverständiger zugezogen, so hat dieser die Schätzung vorzunehmen. Mit der Schätzung gepfändeter Wertpapiere, die einen Börsen- oder Marktpreis nicht haben, hat der Gerichtsvollzieher einen kaufmännischen Sachverständigen zu beauftragen; bei der Schätzung darf der gewöhnliche Verkaufswert solcher Wertpapiere, die in der letzten Woche vor dem 31. Juli 1914 noch einen Börsen- oder Marktpreis hatten, nicht unter dem letzten in dieser Woche amtlich notierten Markt- oder Börsenpreis festgestellt werden. In anderen Fällen kann der Gerichtsvollzieher einen Sachverständigen mit der Schätzung beauftragen.

Die Schätzung soll tunlichst bei der Pfändung erfolgen. In diesem Falle ist ihr Ergebnis in das Protokoll aufzunehmen. Bei der Versteigerung der gepfändeten Sachen darf der Zuschlag nur auf ein Gebot erteilt werden, das mindestens die Hälfte des gewöhnlichen Verkaufswerts erreicht (Mindestgebot).

Bei Wertpapieren, die von den auf Grund des Darlehnsaufgebotes vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 340) errichteten Darlehnsklassen befreit werden, darf das Mindestgebot nicht hinter dem Betrage zurückbleiben, zu dem die Darlehnsklassen Wertpapiere dieser Art befreit.

Der gewöhnliche Verkaufswert und das Mindestgebot sind bei dem Ausbieten bekanntzugeben.

Wird das Mindestgebot im Versteigerungstermin nicht erreicht, so kann ein neuer Versteigerungstermin beantragt werden.

Die Verordnung ist geeignet, der Verschleuderung von Sachen bei Zwangsversteigerungen entgegenzuwirken. Sie kann eine günstige Wirkung jedoch im wesentlichen nur bei Wertpapieren und wertvolleren Mobilien äußern. Wird der Kleinkram einer 2- oder 3-Zimmer-Wohnung veräußert, so tritt die Verordnung zwar auch in Anwendung, dürfte aber selten den gewünschten Erfolg haben, weil die Aufbewahrung der Gegenstände in der Pfandkammer oder das Hin- und Zurückschaffen der Möbel in die Wohnung des Schuldners mit Kosten verknüpft ist, die den Wert des Möbels ganz oder beinahe erreichen. Hier kann nur eine weitberzige Anwendung des § 812 B.-P.-O. helfen. Der § 812 lautet:

Gegenstände, welche zum gewöhnlichen Haushalt gehören und im Haushalt des Schuldners gebraucht werden, sollen nicht gepfändet werden, wenn ohne weiteres ersichtlich ist, daß durch deren Verwertung nur ein Erlös erzielt werden würde, welcher zu dem Wert (nämlich zu dem Wert für den Hausstand des Schuldners) außer allem Verhältnis steht.

Wünschenswert wäre gegenüber dem Drängen so mancher Gläubiger, wenn die Gerichtsvollzieher durch die höchste Justizaufsichtsbehörde auf besonders weite Auslegung dieser Vorschrift in der der Kriegszeit in der der Erlös wert erheblich gesunken ist, hingewiesen werden. Vielleicht darf als Richtschnur gelten, daß Möbel und Hausgerät im Gesamtwert bis 1500 oder 2000 M. als unpfändbar zu gelten hat. So manche Familie würde dadurch vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt.

Mieteinigungsämter.

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage vor, die die Einrichtung von Mieteinigungsämtern vorsieht. Umfang und Aufgaben dieser Ämter ergibt sich aus nachstehender Satzung:

I. Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges werden in dem Stadtbezirk Berlin 10 Mieteinigungsämter, je eins für jeden Bezirk einer Wohnungsinspektion gebildet. Die Bezirke der Wohnungsinspektionen werden zu diesem Zweck mit den Bezirken der Unterkommisionen in Uebereinstimmung gebracht.

II. Die Aufgabe der Mieteinigungsämter ist, auf Antrag von Vermietern oder Mietern,

1. Streitigkeiten zwischen diesen, soweit sie sich auf Zahlung des Mietzinses oder Räumung von Wohnungen beziehen, gütlich zu schlichten;

2. den Verträgen gemäß der Bekanntmachung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsrufen vom 7. August 1914 und der Bekanntmachung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung vom 18. August 1914 die Entscheidung zu erleichtern, ob Mietschuldner eine Zahlungsrufe zu gewähren ist und ob sie vor den besonderen Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung eingetreten sind, zu schützen sind. Zu diesem Zweck soll den Verträgen nach Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse eine gutachtliche Äußerung über die Zahlungsfähigkeit des beklagten Mieters erteilt werden.

III. Die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes ist auf diejenigen Fälle beschränkt, in welchen die Miete den Betrag von 450 M. jährlich nicht übersteigt.

IV. Jedes Mieteinigungsamt wird von einem Magistratsrat, Magistratsassessor oder juristischen Hilfsarbeiter geleitet. In Fällen der Erhaltung von Gutachten treten ihm zwei Sachverständige mit Stimmrecht zur Seite, welche vom Magistrat bestimmt

werden. Zur Vorprüfung der Einzelfälle bedient sich das Mieteinigungsamt der Hilfe der städtischen Ehrenbeamten, der Mitglieder des Nationalen Frauenbundes und sonstiger freiwilliger Mitarbeiter. Der Leiter des Amtes kann sich in Behinderungs-fällen durch eine zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigte Person vertreten lassen.

Dem Mieteinigungsamt ist der Wohnungsinspektor beigeordnet. Er verteilt die eingehenden Sachen nach Prüfung ihres Inhalts an die Hilfskräfte.

V. Ist auf Grund der Vorprüfung durch die Tätigkeit der Helfer eine Einigung zwischen dem Vermieter und Mieter nicht zustande gekommen, so werden die Parteien von dem Mieteinigungsamt zu einem Termin geladen, und zwar der Mieter mit dem Hinweis, daß, wenn er ohne ausreichenden Grund ausbleibt, dem Gericht die Verletzung der Wohlthaten der Kriegsnotgesetze empfohlen werden würde.

Er scheinen beide Parteien, so hat der Leiter möglichst auf eine Einigung zwischen den Parteien hinzuwirken. Gelingt diese nicht, so werden die Parteien unter dem gleichen Hinweis wie zu dem ersten Termin zu einem zweiten geladen, in welchem der Leiter mit den Sachverständigen durch Mehrheitsbeschluß feststellt, ob nach Lage des Falls der Mieter als zahlungswillig oder zwar als zahlungsfähig, aber zahlungsunwillig zu betrachten ist. Hierüber wird dem Vermieter auf Antrag eine Bescheinigung erteilt. In gleicher Weise wird verfahren, wenn eine durch das Mieteinigungsamt erzielte Einigung von den Mietern nicht erfüllt wird.

Das Ergebnis einer jeden Verhandlung wird im Terminkalender kurz vermerkt. Eine Ausfertigung über den Inhalt der zustande gekommenen Vergleiche wird nicht erteilt.

VI. Das Mieteinigungsamt erteilt auf Anfordern der Gerichte gutachtliche Äußerungen in schriftlicher Form im Sinne der Nummer II 2 dieser Bestimmungen.

VII. Das Verfahren vor den Mieteinigungsämtern ist kostenlos. Zustellungsgebühren werden nicht berechnet.

Die hier vorgeschlagene Organisation scheint an verschiedenen Mängeln zu leiden. Was den Umfang anbetrifft, so kommen nur Wohnungen bis zu einem Mietpreis von 450 M. in Frage. Es würden also alle die vielen Streitigkeiten der kleinen Geschäftsleute, wie Restaurateure, Zigarrenhändler, Grüntrahnhändler, Vermieterinnen usw. nicht einbezogen sein.

Die Bestimmung, bei Mietern, die böswillig nicht zahlen wollen, dem Gericht die Verletzung der Kriegswohlthaten zu empfehlen, ist sehr bedenklich und kann zu großen Schäden führen. Wer ist böswillig? Wieviel gehört zum Leben, wenn der Mietbeitrag in Abzug kommt? Diese Fragen sind durchaus nicht so einfach zu beantworten. Dann aber die Hauptsache: Ein Mieteinigungsamt kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn ihm genügend Mittel zur Verfügung stehen, um dem Mieter die Wohnungsmöglichkeit zu erhalten unter Schaffung eines billigen Ausgleichs mit dem Vermieter. Was nützt es dem Mieter, wenn der Vermieter in einen Mietnachlaß willigt und der Mieter dann nicht zahlt?

Hoffentlich wird das Mieteinigungsamt so ausgestaltet, daß es Mietern und Vermietern gerecht werden kann; eine Aufgabe, die nicht leicht sein dürfte. Die Mietämter sollen in leeren Schulräumen aufgeschlagen werden.

Aus Groß-Berlin.

Die Lage des Berliner Arbeitsmarktes.

Der vom Statistischen Amt der Stadt Berlin soeben veröffentlichte 5. Wochenbericht über den Beschäftigungsgrad in Groß-Berlin zeigt, daß der Bestand an versicherungspflichtigen Mitgliedern von 282 Krankenkassen in der Zeit vom 26. September bis zum 3. Oktober eine Zunahme von 988 703 auf 985 253 d. i. um 1580 oder 0,17 Proz. erfahren hat. Wenn damit eine gewisse Verlangsamung der Entwicklung festzustellen ist, so findet sie doch ihren Grund wesentlich nur in dem Ablauf der Abkündigungstermine zum 1. Oktober, die bei den Angestellten, wie bei den Dienstboten nicht ohne Wirkung bleiben konnte. Wenn es dennoch im ganzen zu einer Steigerung des Beschäftigungsgrades kam, so war das nur durch zahlreichere Reueinstellungen gewerblicher Arbeiter möglich geworden. Der Abnahme bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen um 1317 steht bei den gewerblich gesicherten Krankenkassen eine Zunahme um 8090 Versicherungspflichtige gegenüber. Insbesondere nahmen zu: Papier- und Lederindustrie um 4,88 Proz., Waren- und Kaufhäuser um 4,62, Baugewerbe um 2,14, Metall- und Maschinenindustrie um 0,97 Proz., während eine Abnahme sich ergibt: um 1,84 Proz. beim Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, um 0,70 bei der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, um 0,41 Proz. bei den Gemeindebetrieben.

Die gleichfalls dem Bericht zu entnehmende Uebersicht über die Zahl der Arbeitslosen der freien Gewerkschaften läßt eine Abnahme der letzteren um 2197 oder 6,09 Proz. für die Woche vom 28. September bis zum 5. Oktober erkennen. Hervorzuheben ist besonders der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den Metallarbeitern (- 885), bei den Transportarbeitern (- 258), bei den Buchbindern (- 258), während eine Zunahme der Arbeitslosen unter dem Einfluß der oben bereits genannten Umstände bei den Handlungsgehilfen um 127 zu verzeichnen ist.

Eine Budapest Strafe in Berlin.

Der Präsident des Ungarischen Städtebundes hat dem Vorsitzenden des deutschen Städtebundes, Oberbürgermeister Wermuth, mitgeteilt, daß am gestrigen Tage in Budapest ein eindrucksvoller Feiertag und unter großer Begeisterung der gesamten Einwohnerschaft die Umbenennung einer hervorragenden Straße und eines gleichbedeutenden Platzes in Kaiser Wilhelm Straße und Berliner Platz vollzogen sei. Dem Präsidenten des Ungarischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Barczy in Budapest, hat Oberbürgermeister Wermuth herzlichen Dank ausgesprochen und gleichzeitig namens der Stadt Berlin mitgeteilt, daß der Magistrat unter höchster Genehmigung beschlossen hat, den Straßenzug im Herzen der Reichshauptstadt vom Potsdamer Platz dem Tiergarten entlang nach dem ehrenreichen G. und H. v. Törten den Namen Budapest Strafe beizulegen.

Der falsche Recherché.

Aus der Untersuchungschaft wurde der 33-jährige Mechaniker Willi Edel vorgeführt, um sich wegen Betruges im städtischen Ruchfälle zu verantworten. Er erschien, wie wir früher schon berichteten, bei alleinstehenden alten Frauen im Norden und Osten Berlins und gab sich ihnen als Beamter der Armeedirektion Berlin oder der Landesversicherungsanstalt aus. Er nahm dann mit strenger Amtsmiene ein „Protokoll“ auf und erklärte, daß dieses den Zweck habe, die nötigen Feststellungen für eine während des Krieges zu zahlende Ertragsersatzung zu treffen. Am Schluß der „Amtshandlung“ erklärte der Schwindler dann, daß für Stempelgebühren ein Betrag entrichtet werden müsse, der zwischen 2,50 und 7,50 M. schwankte. In mehreren Fällen borgten sich die armen Frauen erst bei Nachbarn und Bekannten diese Beträge zusammen. Das Urteil lautete auf zwei Jahre und drei Monate Zuchthaus, 250 M. Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust.

Eine Fürsorgestelle für Angehörige der freien Berufe ist vom Nationalen Frauenbundes ins Leben gerufen worden und wird am 15. Oktober eröffnet werden. Die Geschäftsstelle

befindet sich im Abgeordnetenhaus, Prinz-Albrecht-Straße 5, Tribünenhof, Zimmer 31, und ist täglich von 10-12 Uhr geöffnet.

Weitere Kriegsfürsorge der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Die Landesversicherungsanstalt hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Für die Versorgung des Feldheeres mit warmer Unterkleidung soll ein Betrag von 100 000 M. angewendet werden.
2. Der noleidenden Landesversicherungsanstalt Ostpreußen wird ein Betrag von 15 000 M. zur Durchführung der vorbeugenden Krankenfürsorge überwiesen.
3. Dem Zentralverein für Arbeitsnachweis wird für Vermittlung von Berliner Arbeitern nach auswärts ein Betrag von 10 000 M. bewilligt.
4. Zur Vorbereitung weiterer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird eine besondere Kommission eingesetzt.

Die Errichtung eines Sparkasengebäudes auf dem Gesundbrunnen auf dem großen Eckplatz an der Hoch- und Vahstraße wurde am Montag von einem Stadtverordnetenaußenrat besprochen. Nach längerer Beratung, die sich auch um die zukünftige Gestaltung der Schnellbahn Neudöhlen-Gesundbrunnen drehte, wurde schließlich Vertagung beschlossen. Mehrere Stadtverordnete erhoben Bedenken gegen das Bauprogramm, das ein monumentales Portal mit Säulen usw., welches den Bau als öffentliches Gebäude schon von fern charakterisieren soll, vorsieht.

Wozu der Verbotseifer?

Für eine besondere „Kriegsspende der preussischen Schutzmannschaft“ waren Sammellisten in Berlin im Umlauf gesetzt worden. Ein den Listen beigegebener Aufschluß so:

„Kameraden! Wir dienen unserem Vaterlande, und wir dienen zugleich der Zukunft unseres Landes. Andere Beamte haben achtunggebende Summen aufgebracht, denen gegenüber die von uns bisher gezahlten Beträge verschwindend genannt werden müssen. Allerdings, sie haben ihre Organisation, die für die Liebestätigkeit dienlich machen können. Und ist diese im organisatorischen Zusammenfassen aller Kräfte bestehende Erleichterung nicht gegeben. Aber darf uns das eine Entschuldigung sein? Zeigen wir vielmehr, daß wir auch trotzdem zusammenhalten vermögen und daß auch trotz des Fehlens einer Organisation unsere Kriegsspende es dennoch nicht nötig hat, sich hinter den Erfolgen anderer Beamtengruppen zu verstecken! Mit Gott für Kaiser und Reich!“

Ein paar Polizeileutnants scheinen nun Bedenken gegen die Zulässigkeit der von diesem Aufruf begleiteten Spendensammlung gehabt zu haben. Im Polizeirevier 84 (Königsgräber Straße) wurde vom Leutnant Horn und im Polizeirevier 86 (Wilhelmstraße) vom Leutnant Kolb die Liste samt dem bereits gesammelten Geld beschlagnahmt und das Sammeln verboten. Hinterher wurde dann aber bald — man vermutet: auf höhere Anordnung — die Verbotnahme wieder aufgehoben. Welche Gründe mögen die beiden Leutnants zu ihrem Verbot gehabt haben?

Arbeitslosenunterstützung in Schöneberg.

In der am Montag abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde Bericht über die städtische Fürsorge für Erwerbslose. Der zur Prüfung dieser Frage eingesetzte Ausschuß hat es abgelehnt, an die Gewerkschaften für die Arbeitslosen Zuschüsse zu zahlen. Von unserem Vertreter wurde bedauert, daß den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Zuschüsse verweigert werden; er verlangte ferner, daß für erwachsene Kinder eine größere Unterstützung gezahlt werde, als für kleine Kinder.

Der Bürgermeister betonte, daß ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften aus finanziellen Gründen nicht möglich sei, auch Altersunterschiede könnten bei der Unterstützung nicht anerkannt werden.

Beschlossen wurde, pro Kind 1,50 M. zu zahlen bis zum Höchstbetrage für die einzelne Familie von 17 M. Die Gesamtkosten, die mit einer Million Mark veranschlagt sind, wurden bewilligt. Für die Kriegsleidenden in Ostpreußen wurden 20 000 M. und für die im Elend 10 000 M. zur Verfügung gestellt. Dann wurde noch beschlossen, verschiedene Kostensarbeiten in eigener Regie auszuführen.

Schulkinderspeisung in Charlottenburg.

In Charlottenburg hat die Schulkinderspeisung eine wesentliche Erweiterung erfahren. Nach dem laufenden Etat sind täglich (ausschließlich der Sonn- und Feiertage und der Schulfreien) 850 Kinder zu speisen. Gleich nach Ausbruch des Krieges sind allen Gemeindeschulen Orte angegliedert worden, denen alle Volksschulkinder überwiesen wurden, die nach Feststellung der zuständigen Unterkommisionen zu Hause der Wartung und Pflege entbehrten. Um den familienzusammenhang aufrecht zu erhalten, empfahl es sich, außer den schulpflichtigen Kindern auch deren etwa vorhandene jüngere Geschwister im Alter von 8-10 Jahren den Horten mit zu überweisen. Es wurde bestimmt, daß in den Horten zugleich die Mittagsmahlbedürftiger Schulkinder und deren Geschwister vorgenommen werden. Schon vom 10. bis 31. August wurden sowohl von den Schulen wie von den Unterkommisionen eine größere Anzahl Kinder den einzelnen Horten neu zur Schulspeisung überwiesen. Während aber in den ersten Wochen nach Ausbruch des Krieges die Aufnahme als notwendige Unterstützungsmaßnahme ohne Kontrolle der hierfür bestehenden Schulorganisation erfolgte, konnten vom 1. Sept. ab durch die für die Kontrolle der Schulspeisung berufenen Helferinnen des Vereins „Jugendheim“ die Ermittlungen aufgenommen und die Zahl der täglich in den Horten zu speisenden Kinder gegenüber dem August herabgesetzt werden, da teils ein Bedürfnis zur Speisung nicht vorlag, teils das vorhandene Bedürfnis auf andere Weise — durch Ausnutzung von Familienfreitagen oder durch Verabfolgung von Nahrungsmitteln an die Mütter der Kinder — befriedigt werden konnte. Immerhin ist auch heute der Andrang zur Schulkinderspeisung noch außerordentlich groß. In der Zeit vom 10.-31. August wurden außer den etatsmäßig täglich zu speisenden 850 Kindern noch weitere 1500, vom 1. September ab täglich 1025 Kinder mehr mit Mittagessen versorgt. Den durch die erweiterte Schulkinderspeisung entstehenden Mehrkosten gegenüber dem Etat, die der Magistrat bis Ende des Jahres 1914 auf 22 700 M. berechnet und um deren Nachbewilligung er ersucht, stehen auf der anderen Seite Einnahmen in Höhe von 8000 M. gegenüber in Gestalt von Spenden, die von einer Anzahl von Familien almonatlich zur Ablösung angebotener und nicht ausgenutzter Freitage gegeben werden.

Platzmangel in Charlottenburger Krankenhäusern.

Wie in allen Großstädten, so ist auch in Charlottenburg in den letzten Jahren weit über die Zunahme der Bevölkerung hinaus das Bedürfnis nach Verwirklichung von Krankenhäusern gestiegen. Insbesondere haben sich die bestehenden Infektionsabteilungen als durch und unzureichend erwiesen. Das Krankenhaus Westend soll daher nach einem Antrage des Magistrats der Stadt Charlottenburg an die Stadtverordneten durch Errichtung von Leichtbauten zur Aufnahme von Infektionskranken erweitert werden. Für eine größere Leistungsfähigkeit der Infektionsabteilungen mußte auch im Hinblick auf die mögliche Einschleppung fremder Seuchen Vororge getroffen

werden. Die gesamte Anlage besteht aus einem Bau mit 40 Betten, einer Quarantänestation mit 20 Betten und dem dazu erforderlichen Betriebsgebäude. Die Kosten sind auf 275 000 M. veranschlagt.

Die Weissenfer Gemeindevorstellung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit der Errichtung eines Feuerwehrgeschäftes in der Viktorienstraße neben der Pumpstation. Dem vorliegenden Projekt des Baurats Vöhning wurde im Prinzip zugestimmt. Der Bau wird einen Kostenaufwand von 200 000 Mark erfordern, dazu kommen noch 20 000 Mark, die durch die Errichtung des Gebäudes für die Erweiterung der Pumpstation notwendig sind. Von unseren Vertretern wurde gefordert, daß die weiteren Vorarbeiten so schnell erledigt werden, daß mit dem Bau des Gebäudes sofort begonnen werden könne, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Der Vorschlag wurde abgelehnt mit dem Bemerkten, daß die Vorarbeiten noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Es könne daher erst im Frühjahr 1916 mit der Ausführung des Baues begonnen werden.

Die Feuerwehr ist infolge des Krieges fast auf die Hälfte verringert. Um so niederträchtiger ist es, wenn sie böswilliger Weise alarmiert wird. Das ist aber dieser Tage gebräuchlich. Der Täter wurde ermittelt und dürfte einer schweren Bestrafung entgegensehen. Drei größere Kellerbrände machten in Neuo Hocht. 82/84, Lindenstraße 101 (Passage Velle-Alliance) und Stromstr. 51 gelöscht werden, wo Papier und Feuerwerkskörper brannten. In der Müllerstr. 128a brannte eine Kohlenanzufabrik und Potsdamer Straße 67 Möbel usw.

Der Ueberstich des Lieberabend der „Sängerabteilung I“ und des „Männerchor Nordens“ am 27. September bei Bölow in Höhe von 143 M. ist der Stadt Berlin für die Familien der Arbeitslosen überwiesen worden.

Volkskutschabend in Reinickendorf-Ost. Sonnabend, den 17. Okt., abends 8 Uhr, findet in der Aula des Reichsgymnasiums in der Berner Straße ein Volkskutschabend statt. Eintrittskarten à 10 Pf. sind bei den Bezirksführern, in den mit Plakaten belegten Stellen und am Eingang des Saales zu haben.

Viehdorf.

In der letzten Sitzung der Kriegskommission wurde beschlossen, die Unterstützung aus Gemeindegeldern von fünfzig auf hundert Prozent zu erhöhen. Dagegen wurde der Beschluß gefaßt, an die zu unterstützenden Kartoffeln eben, auch Kohlen zu verteilen. Als erste Anschaffung sind sechshundert Zentner Kartoffeln festgesetzt. Soweit wie möglich sollen auch die Arbeitslosen bei der Verteilung berücksichtigt werden. — Der Jahlabend findet erst am Mittwoch, den 21. Oktober, statt.

Ein Portemonnaie mit Inhalt hat am Montagmorgen 10 1/2 Uhr eine arme Portierfrau in der Toilette am Koriolaplatz verloren. Die Verliererin bittet die Dame, die kurz nach ihr die Toilette aufsuchte, ihre Adresse an Wittenberg, Oranienstr. 131, gelangen zu lassen.

Zeugen gesucht! Am Sonnabend, den 21. März, abends gegen 7 Uhr, verunglückte auf dem Charlottenburger Vorortbahnhof eine 50jährige Arbeiterfrau, indem sie beim Aussteigen aus einem Eisenbahnzug (Richtung nach Berlin-Ermer) auf dem nassen Trittbrett ausrutschte, zu Fall kam und einen schweren Beinbruch davontrug. Zeugen dieses Vorfalles werden gebeten, ihre Adresse an Witwe Luise Thiem, Charlottenburg, Goethestr. 75, Quergeb. II, gelangen zu lassen. Dem Zweck der Erinnerung an den so lange zurückliegenden Vorgang möge der Hinweis dienen, daß an dem betreffenden Abend Rosenwetter herrschte und in dem Zuge Schüler unter Leitung von Lehrern und Lehrerinnen saßen.

Aus der Partei.

Wächte des Weltkrieges.

Erstes Heft. Das Jarenreich. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Preis 30 Pf.

Es ist freudig zu begrüßen, daß die Vorwärts-Buchhandlung die Herausgabe einer billigen Broschürenreihe über die Wächte des Weltkrieges begonnen hat, und noch mehr, daß das erste Heft sich mit dem in Deutschland am wenigsten bekannten Lande — mit Rußland beschäftigt. Bildet doch die Unkenntnis der sozialen und politischen Verhältnisse im Jarenreich den Hauptgrund für die schädlichen Verallgemeinerungen und schiefen Urteile, die nach dem Kriegsausbruch vielfach anzutreffen waren.

Das vorliegende Heft gibt auf 52 Seiten eine recht gute Uebersicht der politischen und sozialen Zustände in Rußland. Besonders gut sind die ersten Kapitel: „Gebiet und Bevölkerung“, „Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse“ und „Das Finanzwesen“, in denen es dem Verfasser gelungen ist, auf beschränktem Raum das Wesentlichste über die genannten Dinge in knapper, übersichtlicher Weise und in populärer Form zu sagen. In den drei folgenden Kapiteln wird „Das zarische Regime“, „Die auswärtige Politik Rußlands seit dem japanischen Kriege“ und „Die russische Kriegsmacht“ behandelt.

Einige kleine Unrichtigkeiten, die dem Verfasser unterlaufen sind, sollen hiermit berichtigt werden. So entspricht es schon nicht mehr den Tatsachen, daß das Schnapsmonopol in Rußland eine der Haupteinnahmequellen bildet. Seit Beginn des Krieges ist nämlich der staatliche Schnapsverkauf verboten und soll auch nach dem Kriege verboten bleiben. Unrichtig ist auch, daß die Finnländer „in russische Regimenter eingereiht“ werden. Die finnische Armee ist zwar aufgelöst, aber zum Militärdienst sind die Finnländer nicht verpflichtet. Statt dessen zahlt Finnland an die russische Staatskasse jährlich einen Betrag von 10 Millionen.

Soweit zur Richtigstellung. Im allgemeinen ist die Broschüre recht gut und ihre weiteste Verbreitung sehr zu empfehlen.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften und die Berliner Vorortgemeinden.

Gegen das Verhalten derjenigen Vorortgemeinden, die bei der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung durch die Gemeinde den Betrag absteuern, den der Unterstützungsempfänger von seiner Gewerkschaft erhält, hatte am 28. September eine von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufene Versammlung der Vorstände der freien, kirchlich-dunderschen und christlichen Gewerkschaften sowie mehrerer Angestelltenverbände Stellung genommen und beschlossen, falls die betreffenden Gemeinden auf ihrem Standpunkt beharren, sollten die Vorstände in ihren Organisationen in Erwägung darüber eintreten, ob ihnen in den Vororten wohnenden Mitgliedern die gewerkschaftliche Unterstützung weitergezahlt werden kann.

Nach dieser Versammlung hat eine Verhandlung von Gewerkschaftsvertretern mit dem Reichsamt des Innern stattgefunden. Ueber das Ergebnis derselben erstattete Stadtverordneter Eugen Bräuner Bericht in einer am letzten Montag abgehaltenen Versammlung, die in der gleichen Weise zusammengesetzt war wie die erste Versammlung. Der Referent führte aus, daß in der erwähnten Verhandlung der Ministerialdirektor Dr. Caspar Mitteilung

machte von der getroffenen Regelung der Löhne für Militärarbeiten, die in der Weise erfolgte, wie sie in der Montagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht ist. Ueber die gleich nach dem Ausbruch des Krieges dem Reichsamt des Innern unterbreitete Forderung einer gesetzlichen Reichsarbeitslosenunterstützung teilte der Ministerialdirektor mit, daß Verhandlungen über diese Angelegenheit noch schweben, daß aber eine endgültige Regelung während des Krieges nicht in Aussicht gestellt werden könne. Was das erhöhte Verhalten der Vorortgemeinden hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung betrifft, so gab der Ministerialdirektor die Zusicherung, daß er die zuständigen Behörden aller Bundesstaaten nochmals ersuchen werde, die Gemeinden zu veranlassen, ebenso zu verfahren wie die Stadtgemeinde Berlin, die hinsichtlich der Unterstützung mit den Gewerkschaften Hand in Hand arbeitet und die von diesen gezahlten Unterstützungen bei den aus Gemeindegeldern gewährten Unterstützungen nicht anrechnet. Der Ministerialdirektor empfahl den Gewerkschaftsvertretern, sich auch an das preussische Ministerium des Innern als der für Preußen zuständigen Instanz zu wenden. Das ist geschehen. Der preussische Ministerialdirektor Dr. Freund erklärte sich ebenfalls bereit, im Sinne der von den Gewerkschaften vertretenen Forderung mit den Gemeindebehörden zu verhandeln, doch sollten die Gewerkschaftsvertreter ihre Wünsche schriftlich einreichen. Auch das ist inzwischen geschehen.

Der Referent empfahl den Gewerkschaftsvertretern, die Wirkung des Vorgehens des Reichsamts des Innern auf die Gemeinden abzuwarten, also ihren in den Vororten wohnenden Mitgliedern die Unterstützung vorerst weiterzahlen und erst dann weitere Beschlüsse zu fassen, wenn das endgültige Resultat des ministeriellen Eingreifens vorliegt. Dagegen soll schon jetzt den Gemeinden, welche die gewerkschaftliche Unterstützung anrechnen wollen, seitens der Gewerkschaften jede Auskunft über die von ihnen gezahlten Unterstützungen verweigert werden. Weiter führte der Referent aus, daß die Gemeinden, welche es ablehnen, mit den Gewerkschaften Hand in Hand zu arbeiten, die Arbeitslosen schädigen würden, während das von der Stadtgemeinde Berlin besetzte System die Gemeinde insofern entlastet, als sie bei der Gewährung von Zuschüssen zur gewerkschaftlichen Unterstützung erheblich geringere Ausgaben habe, als wenn sie jedem Arbeitslosen ohne Unterschied die für Nichtorganisierte oder Nichtbezugsberechtigten geltenden Sätze von 4 bzw. 5 M., also durchschnittlich 4,50 M. zu zahlen hätte. Was hiernach die Stadt Berlin hätte zahlen müssen und was sie infolge des Zuschußsystems tatsächlich gezahlt hat, veranschaulicht, soweit Feststellungen bis jetzt vorliegen, diese Tabelle:

	Zahl der Arbeitslosen	4,50 pro Kopf würde betragen	Tatsächlich gezahlt	Die Stadt hat also erspart
1. Woche	11 829	53 290,50	40 206,60	13 083,90
2. „	14 879	66 955,50	45 874,22	21 081,28
3. „	14 823	66 720,00	42 009,73	24 710,27
4. „	8 641	38 884,50	26 856,00	12 028,50

Diese Zahlen sind nicht vollständig, weil noch nicht von allen in Frage kommenden Gewerkschaften Angaben vorliegen; aber sie geben ein zutreffendes Bild von dem Verhältnis zwischen den wirklich gezahlten Summen und dem, was die Gemeinde ohne Rücksicht auf die gewerkschaftlichen Unterstützungen hätte zahlen müssen. In diesem Verhältnis würde sich nichts Wesentliches ändern, wenn die Angaben vollständig wären. Aus der vorstehenden Aufstellung ergibt sich, daß die Stadt Berlin durch das Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften 30 Proz. weniger aufgewendet hat, als sie im anderen Falle hätte zahlen müssen. Das sollte auch die Vorortgemeinden bewegen, dem Beispiel Berlins zu folgen und mit den Gewerkschaften Hand in Hand zu arbeiten.

Nach einer längeren Diskussion, welche die vorliegende Frage nach allen Seiten beleuchtete, beschloß die Versammlung einstimmig, den in Rede stehenden Vorortgemeinden gegenüber jede Auskunft über den Unterstützungsbezug zu verweigern. Ebenso einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen, die dem preussischen Ministerium des Innern gestellt werden soll:

Mit Rücksicht darauf, daß ein Entschluß des Provinzialausschusses entsprechend den Verhandlungen, die im preussischen Ministerium des Innern mit Vertretern der Gewerkschaften stattfanden, noch nicht erfolgt ist, beschließt die Versammlung der freien, kirchlichen und kirchlich-dunderschen Gewerkschaften sowie der Vertreter sämtlicher Angestelltenorganisationen, zurzeit von der Einstellung der Arbeitslosenunterstützung an die Mitglieder abzusehen, die in den Vorortgemeinden Berlins wohnen, welche die bisherigen Beschlüsse des Provinzialausschusses durchzuführen.

Am 21. Oktober findet eine neue Versammlung der Gewerkschaftsvertreter statt, in der endgültig in der Angelegenheit entschieden wird.

Ferner stimmte die Versammlung einstimmig einem von Umbreit gestellten Antrage zu, welcher den Ausschuß der Gewerkschaftskommission ersucht, schleunigst beim Oberkommando dahin vorstellig zu werden, daß dem Zurückhalten der Kartoffelernte durch die Produzenten und der dadurch drohenden Preissteigerung entgegenzuwirken werde durch Maßnahmen, welche die Kartoffelernte den Konsumenten zugänglich machen und Höchstpreise für den Groß- und Kleinhandel festsetzen.

Der Ausschuß wird sich, wie Rörsen bemerkte, sofort mit der Ausführung dieses Antrags beschäftigen.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Holzbildhauer haben nach einem von Keiper abgegebenen Bericht fast den größten Prozentsatz an Arbeitslosen aufzuweisen. Von 593 Branchenangehörigen sind zurzeit nur 66 im Beruf tätig; 360 sind arbeitslos gemeldet. Leider sind auch keine Aussichten auf baldige Besserung der Lage vorhanden. Es hat sich nun gezeigt, daß die bisher geübte Praxis in der Arbeitsvermittlung Hürden nach sich zieht, indem die weit hienantstehenden Arbeitslosen auf absehbare Zeit keine Aussicht haben, auch nur ausfallweise beschäftigt zu werden, weil die vorübergehend in Arbeit Treten nicht zuletzt eingereiht, sondern nur um eine gewisse Anzahl Nummern zurückgeschrieben werden. Die Versammlung nahm einen Antrag an, durch den für die Dauer der außergewöhnlichen Zustände hierin eine Abänderung bewirkt wird. Nach einem warmen Appell zur Unterstützung der infolge des Krieges in bitterster Not geratenen Verbandsmitglieder durch Entziehung von Beiträgen fand die Versammlung ihr Ende.

Soziales.

Beamten- und Dienstwohnungen sind nicht steuerfrei.

Das Oberverwaltungsgericht hat seine Auffassung über die Realsteuerfreiheit von Beamtendienstwohnungen geändert.

Nach § 24c des Kommunalabgaben-Gesetzes sind von den Gemeindesteuern vom Grundbesitz befreit die dem Staate, den Provinzen, den Kreisen, den Gemeinden oder sonstigen kommunalen Verbänden gehörigen Grundstücke und Gebäude, sofern sie zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmt sind. Und nach § 24i und i sind von den genannten Steuern frei die Unterrichts- und anderen zum öffentlichen Unterrichte bestimmten Gebäude, soweit die Grundstücke für die Zwecke der Anstalten unmittelbar benutzt werden.

Der achte Senat des Oberverwaltungsgerichts hat im Laufe der letzten Jahre in vielen Entscheidungen zum Ausdruck gebracht, daß diese Befreiungsvorschriften beim Vorliegen gewisser Voraussetzungen auch auf die Dienstwohnungen von Beamten Anwendung finden. Er hat jetzt in einer Klage gegen den Magistrat von Giesleben entgegengekehrt entschieden. Die Klage hatte der Fiskus für das Provinzial-Schulkollegium in Magdeburg angebracht. Sie betraf die Dienstwohnungen von Seminarlehrern aus Giesleben. Der achte Senat des Oberverwaltungsgerichts entschied, daß der Magistrat die fraglichen Dienstwohnungen mit Recht zur Gemeindegrundsteuer herangezogen habe. Bestimmend war hierfür eine prinzipielle Entscheidung des Plenums des Oberverwaltungsgerichts, die inzwischen wegen der Einnahme eines anderen Standpunkts durch einen anderen Senat herbeigeführt worden ist. Das Plenum hat die Frage bejaht, ob die Dienstwohnungen der Beamten nach § 24 Absatz 2 des Kommunalabgaben-Gesetzes (schlechthin als nicht zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmt gelten müssen und daher grundsteuerpflichtig sind).

Dieser Grundsatze wurde auch einer Entscheidung des zweiten Senats des Oberverwaltungsgerichts zugrunde gelegt, bei der es sich um Dienstwohnungen in den Charlottenburger Instituten der Akademie der Künste handelte. Auch diese Dienstwohnungen wurden, soweit ihre Steuerpflichtigkeit noch streitig war, für gemeindegrundsteuerpflichtig erklärt.

Berichtszeitung.

Der Pseudomissionar.

Ein angeblicher Missionar, der nach Verübung von Kreditfälschungen auf offener Straße verhaftet worden war, machte sich gestern in der Person des Krankenpflegers Arno Bräutigam vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I verantworten.

Der Angeklagte erschien eines Tages kurz nach Ausbruch des Krieges in dem „Hospiz am Webbig“. Er trat sehr würdevoll auf und erklärte, bisher als Missionar in Diensten der inneren Mission gestanden zu haben, jetzt warte er jeden Tag auf seine Einberufung zum Heere, und zwar als Gehilfe eines Feldgeistlichen. Da der Herr Missionar sehr sicher auftrat und sich auch als ein sehr frommer Mann gebärdete, so nahm die Leitung des Hospiz seinen Anstoß daran, daß er die Wochenrechnung unbezahlt ließ. Als schließlich die Schuld auf 140 Mark angewachsen war und man ernstlich auf Zahlung drang, erklärte der Herr Missionar, daß er infolge der durch den Krieg entstandenen Verwirrungen nicht in der Lage sei, Bargeld zu beschaffen, dagegen sei er gern bereit, für die Schuld einen Teil seiner Ruhestände an die Verwaltung des Hospiz zu zedieren. Es wurde auch in aller Form eine Besinnung ausgeführt, die aber, wie sich bald herausstellte, völlig wertlos war. Einige Tage später wurde der angebliche Missionar auf der Straße festgenommen und entpuppte sich auf der Polizei als der vielfach vorbestrafte ehemalige Krankenpfleger Bräutigam. — Der Staatsanwalt beantragte 1 1/2 Jahre Gefängnis, das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Aus Industrie und Handel.

Die französischen Kriegsausgaben.

Finanzminister Ribot hat im Ministerrat mitgeteilt, daß in dem Zeitraum vom 15. September bis zum 5. Oktober für 217 792 100 Franken Schatzscheine für die Landesverteidigung ausgegeben worden seien. Während des Zeitraumes vom 1. bis 5. Oktober wurden von den Staatskassen, Postämtern und Steuererhebungen allein für 6 341 300 Franken ausgegeben. Die Nachfrage besonders nach Schatzscheinen, die in einem Tage oder in sechs Monaten rückzahlbar seien, sei ständig im Wachsen begriffen.

Wirtschaftliche Sorgen in Australien. Die „Morning Post“ meldet aus Sydney vom 9. d. M.: Der Krieg fällt mit einer sehr ersten Trostlosigkeit zusammen, besonders in Süd-Australien, Victoria, West-Australien, dem Riverina-Bezirk und Neusüdwales. Die ersten drei dieser Staaten werden vermutlich nach der nächsten Ernte Weizen einführen müssen, anstatt ihn auszuführen. Ganz Australien wird schwerlich einen Ueberstich für die Ausfuhr besitzen. Gleichzeitig erregt der Rückgang der Nachfrage nach Wolle und Metallen Besorgnis.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichshagen). III. Abteilung. Hall. abend: Mittwoch, den 14. Oktober, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein über: „Die gegenwärtige Lage.“

Jahinahl: Mittwoch, den 14. Oktober, abends 1/2 12 Uhr, bei Frau Augustin, Oranienstr. 108, Rudowstraße.

Sahimorgen: Am Sonnabend, den 17. Oktober, bei Frau Augustin. Extra-Einladungen folgen nach. Der Vorabend.

Dritter Wahlkreis. Dienstag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Konzertsälen von Dblig, Kopenstr. 20, eine Mitglieder-versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Otto Böhmer über: „Die sozialen Aufgaben während des Krieges.“ Das Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzulegen.

Wilmersdorf. An Stelle der Einzel-Jahlabende finden heute Abteilungs-Versammlungen statt. 1. und 2. Bezirk bei Fische, Ede Paulsbörner und Seinerer Straße; 3., 4. und 5. Bezirk bei Andreas, Walsburger Straße; 6., 7. und 8. Bezirk bei Schilling, Lauenburger Straße; 9. und 10. Bezirk bei Bauer, Durlacher Straße, Ede Lüssinger Straße.

Steglitz. Es findet heute für den 8., 9. und 10. Bezirk Abteilungs-versammlungen bei Spiel, für alle übrigen Bezirke Jahlabende in den Bezirks-lokalen statt.

Stralau. Der heutige Jahlabend fällt aus. Donnerstag, 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Steinicke, Alt-Stralau 6. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dertter über: „Land und Leute in Belgien.“ Vereinsangelegenheiten und Berichtlesen. Die Mitgliedsbücher sind am Eingang des Saales vorzulegen.

Weihenau. Heute Mittwoch: Gemeinsamer Jahlabend. 1. Abteilung bei Naah, Sedanstr. 44. 2. Abteilung bei Dreager, Leberer Straße 122. 3. Abteilung bei Tzenischer, Langbahnstr. 106. 4. Abteilung, östlicher Teil im „Süden Baum“, Berliner Ecke 204; westlicher Teil bei Gepe, Carlstr. 4. Vortrag in allen Jahlabenden über: „Burgfrieden.“

Vorligewalde. Der heutige kombinierte Jahlabend findet für Vorligewalde bei Deuber, und Wittenau bei Wittenau, Oranienburger Straße, statt.

Alt-Glienicke. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal von Fische, Oranienstr. 60: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Müggental, Jevernitz, Ucker. Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Lange, Sternstr. 10, der Jahlabend für Müggental und Jevernitz statt. Für Buch findet der Jahlabend Sonnabend, 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Piotrowski, Bahnhofsstr. 6, statt.

Prederdorf, Pterebagen. Heute: Gemeinsschaftlicher Jahlabend bei Richter am Bahnhof. Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dötscher, Poststraße, statt. Tagesordnung: Ergänzungswahlen der Bezirksleitung.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf. Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße.

Rosenthal. Donnerstag, den 15. Oktober, in der Aula der Gemeindef...
Schülerstraße.

Mariendorf. Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Gymnasiums, Kaiserstr. 17/19.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Wilmersdorf. Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, Abonnementversammlung im Jugendheim.

Sonntag, den 18. Oktober, Partie nach Zehlendorf, Schönow, Piesport, Heßsee usw. Fahrpreis 1.— M. Treffpunkt 1/8 Uhr Bahnhof Schönow. Proviant, Niederbäcker, Beden und Becher sind mitzubringen.

Dienstag, den 20. Oktober: Mädchenabend und Schachabend.

Kleine Nachrichten.

Deutsche Ehrung eines tapferen Franzosen.

Das französische Fort Des Ayvelles ist gefallen! So meldeten wir vor einiger Zeit. Es war alt und in seiner Hinsicht auf einen Kampf mit moderner Geschützen eingerichtet. Der Kommandant hat sich gewußt, daß er auf einem verlorenen Posten stand. Der mutige Mann sah, wie seine Leute in wilder Flucht ihr Leben gerettet haben, so vor der Übermacht des Feindes. Zusammengebrochen und an seinem Leben verzweifeln, entschloß er sich zu dem letzten, ernstesten Schritt und gab sich selbst den Tod. Deutsche, schlichte Soldaten haben diese Tat geehrt. Sie haben ihm ein stattliches Holzkreuz auf sein Grab gesetzt und auf das Kreuz in sauber gemalter Schrift die Worte geschrieben:

„Hier ruht der tapferer Kommandant. Er vermochte den Fall der ihm anvertrauten Feste nicht zu überleben. R.I.P. Mit diesem Holzkreuz schließt er auch der deutsche Soldat in Dir den Helden der Pflicht. 2. Landwehr-Pionier-Kompagnie. 8. U. S. September 1914.“

Explosionskatastrophe in Lissabon.

Nach einer Meldung aus Lissabon erfolgte in dem dortigen Elektrizitäts- und Gaswerk am Montag eine schwere Explosion. Zahlreiche Angestellte und Arbeiter sind von den Trümmern begraben worden. Mehrere Leichen sind schon geborgen worden. Die Häuser und das brennende Werk sind beschädigt. Die Gesamtzahl der Opfer ist noch unbekannt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnement-Leserstr. 3. IV. Hol rechts, darterre, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnement-Quittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

23. 25. Stellen Sie bei Ihrer Steuerklasse den Antrag auf Mietunterstützung.
P. N. 67. Wenn der Mieter seine Einwilligung in den Verkauf nicht auspricht, sind Sie ohne vorhergehende Klage zu demselben nicht befugt. Es bleibt nichts anderes übrig, als gegen den Mieter auf Zahlung zu klagen. — G. S. 15. Die Versicherung ist auch während des Krieges und nach demselben gültig. — C. P. 210. Eine Klage beim Kaufmannsgericht hätte Aussicht auf Erfolg. — R. S. 1. Das ist möglich. 2. Sie können sich an den Ehrenrat der Ärzte wenden. 3. Jubiläum ist der Vorstand der Anwaltskammer. — G. S. 22. Für den Nachschuß der fahrenden Artillerie sind Sie brauchbar. — Stenzel 100. 1. Wenn An-

validität vorliegt: Ja. 2. Das ist im Einzelfall verschieden. Wenden Sie sich an einen Arzt. 3. Jein Jahre und auch älter. — P. S. 52. Die 14tägige Kündigungfrist steht Ihnen zu. — P. S. 23. Wenn Sie die bayerische Staatsangehörigkeit nicht aufgeben haben, als Sie die altbayerischen erwarben, kann wiederum die Genehmigung der Gemeinde verlangt werden. — R. S. 41. Selbstlosigkeit. Landsturmpflichtig. — M. P. 3. Eine Frist zur Aufhebung der Sachen gibt es nicht. Sie können nur klagen und eventuell pfänden und verkaufen lassen. — P. S. 100. Ja. — G. S. 100. Wegen Klumpfuß, Epiphys oder Plattfuß unbrauchbar. —

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Daneben Verbindlichkeit.)
Dienstag, den 13. Oktober. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch 1a 80-85, do. 11a 75-78, do. 11a 62-73; Bullenfleisch 1a 77-82, do. 11a 67-75; Rühfe, fett 65-70, do. mager 60-65, Pfeffer 65-73, do. hell 55-63, Bullen, dünn 58-66. Rindfleisch: Doppeltender 115-125; Rindfleisch 1a 85-90, do. 11a 65-84; Kälber per. gen. — Hammelfleisch: Rindfleisch 80-84; Hammel 1a 76-79, do. 11a 72-75; Schafe 72-80. Schweinefleisch 70-78. — Gemüse: inländisches: Kartoffeln, Daberche 50 kg 3,75-4,00; meißel Kartoffeln 3,50-4,00; Magnum bonum 3,50-4,00; Bette, Schod 0,60-0,80; Sellerie, Schod 3-6,00; Spinat 50 kg 8,00-10,00; Mohrrüben 2,25-2,50; Bohnen 50 kg 15,00-25,00; Wachsbohnen 50 kg 15,00-25,00; Kohlrabi Schod 0,90-1,00; Wirsinglobl Schod 4,00-8,00; Wirsinglobl 50 kg 3,00-4,00; Weißlobl Schod 3,00-7,00; Weißlobl 50 kg 1,80-2,50; Kottlobl, Schod 4,00-8,00; Kottlobl 50 kg 2,50 bis 4,00; Kohläuben 50 kg 3,00-5,00; Teufelrüben 50 kg 5-12; Stumptobl, Erlanger, 100 St. 6,00-18,00; Rosenkohl 50 kg 22,00-25,00; Meerrettich Schod 5,00-12,00; Petersilienwurzel Schodbund 1,00-3,00; Radieschen Schodbund 0,70-1,00; Salat Schod 2,00 3,00; Spinat, 50 kg 6,00-7,00; Tomaten 50 kg 7,00-10,00; Pfefferlinge 50 kg 20,00-30,00; Champignons 50 kg 25,00-40,00; Gurken Schod 1,25-2,50; Senfkörner, Schod 7,00-10,00; Einlegegurten, Schod 0,60-1,50, Kürbis 50 kg 2,00-3,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen: Ein wenig wärmer, besonders im Süden noch vielmal neblig, sonst ziemlich heiter und trocken. In der Nacht zu Donnerstag im Binnenlande mehrfach Nachfrost.



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Folgende Genossen sind im Felde gefallen:
Am 5. Oktober bei den Kämpfen im Osten, der Drecksler

Otto Kemnitz
Mitschstraße 48 (Bezirk 369 II).
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkr.

Fritz Grothe
Relaisdrescher, Unser Straße 73/74 (14. Bezirk).
Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser lieber Bruder und Schwager, der Gefreite

Karl Martin
Hornborner Str. 8, im Alter von 34 Jahren auf dem Kriegsschauplatz im Osten gefallen ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Wilhelm Kietzmann
Kollischstraße 32, im Alter von 63 Jahren gestorben ist.

Ehre ihrem Andenten!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Friedhof in Mariendorf statt.

Um rege Beteiligung ersucht
22/12 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters

Ernst Jürgens
Sage hiermit allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
135/4
Witwe Elise Jürgens.

Verkäufe.

Zehn Prozent Rabatt Vormärts-lesern.

Gardinenstoffe. Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,85 usw.
E. Weigenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Köpenickerstraße.

Teppiche mit Webeschleppern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Reisebekände. 1-3 Fenster Tuchportieren, Blüschportieren, Wandportieren, neuartige Koffer, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,50 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinwanddecken, Blüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Stieppdecken, Similiseide. vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 438*

Monatsanzüge und Wintermäntel von 5 Mark sowie Hosen von 1,50. Gehrodanzüge von 12,00. Prads von 2,50, sowie für topulante Figuren. Neue Garderobe zu kaum den billigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen faßt man am billigsten bei Ref. Kollischstraße 14.

Teppich-Thomas, Drameustr. 44 (spottbillig farbige Teppiche, Gardinen, Vormärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 108*

Zachensbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Bier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Heßbörner. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vormärts, Lindenstraße 3.

Am 10. Oktober verschied nach kurzem, schwerem Leiden unsere wertige Mitarbeiterin, die Anliegerin, Frau

Marie Hirsch.

Ihr aufrichtiger Charakter und stets freundliches Wesen sichern ihr ein ehrendes Andenken.

Das Personal der Buchdruckerei Maurer & Dimmick.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Parochial-Kirchhofes, Boxhagener Straße, aus statt. 234b

Zentralverband der Handlungsgelhilfen.
Ortsgruppe Groß-Berlin.
C 25, Mühlstr. 20 II.

Morgen Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Wintergärten, Kaiser-Wilhelm-Dirake 31 (großer Saal):

Mitglieder - Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Redaktors Dr. S. Nestriepke über „Krieg und Kunst“. 2. Geschäftliches.
Wir bitten um zahlreiches Besuch. Die Ortsverwaltung. 78/3

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zitel, wird englischer Unterricht erteilt und werden Uebersetzungen angefertigt. G. Sienewitz, Liebenfried, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 3, Gartenhaus III. 448*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Ostfischerstraße 16.

Gebäude Ernst, Bornemannstraße 2, an der Uferstraße.

Vermietungen.

Wohnungen.
Charlottenstraße 87, keine Wohnung sofort billig. 2323*

Zimmer.
Gut möbliertes Zimmer Därmalstraße 54 II, Stephan. 154

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
20 Korbmacher auf Geschob löche, wozu 10 auf Dreilingsgelichte sofort verlangt. Gutes Holz. Schützenstraße 24. 111/8

Zeitungsbote (Anwalde) verlangt „Vormärts“-Expedition Wilmersdorf Wilhelmstraße 27. 4

Schloffer, mit elektrischen Anlagen und Bergung, Maschinen vertraut, sofort gesucht Weihensee, Leidenstraße 20. 114

50 Korbmacher (Drillinge) verlangt. Stübchenstraße 10, Schöneberg, im Paradiesen Platz. Mittwoch abend zwischen 6 und 7. Näheres beim Vorleser. 111/11

Verwächtern im Alter von 11 bis 16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Wohnungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10-2 Uhr vormittags oder 6-8 Uhr abends in der Personal-Verwaltung IV. Etage - U. Randorf u. Co. Belle-Alliancestraße 1/2. 258*

Palettomannschafts verlangt Franz Petersburgerstraße 20. 154

Sozialdemokratischer Wahlverein
f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise.
14. Abt. Bez. 690a u. 690b.
Am Sonnabend, den 10. Oktober, verstarb unser Genosse, der Journaler

Max Thieme
Kosfelder Straße 39.

Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße 66, Seefstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
231/12

Verband d. Buch- u. Steindruckereimilliardsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Sonnabend, den 10. d. M., verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied

Marie Hirsch
im Alter von 38 Jahren.

Ehre ihrem Andenten!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Parochial-Friedhof, Boxhagener Chaussee, statt.
23/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.

Freitag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Obiglo (früher Keller's Tischlerei), Köpenickerstraße 29:

Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die gegenwärtige Lage in der Holzindustrie. 2. Verbandsangelegenheiten.
Es ist Pflicht einer jeden Werkstatt, in der noch gearbeitet, daß ein Vertrauensmann entsendet wird.
Die Ortsverwaltung. 92/11

Möbel.

20 Prozent Rabatt während des Krieges auf sämtliche Möbel. Viele gebrauchte Möbel billig. Sofa 36.—, Kleiderstanz 36.—, Tisch 15.—, Bettstelle 28.—, Moderne Arbeitermöbel. Günstig, alte Schönhauserstraße 32. 378*

Prachtvolle Wohnungseinrichtung Möbelsche Küche, alles noch neu, zusammen 23. Köpenickerstraße 57, III bei Glas. Gewerbl. Händler verbieten. 111/6

Teppiche mit Stahlrahmen und dreiteiligen Auflagen 33.—, Gelegenheitskäufe. Wohnungseinrichtungen, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, jede Art Einzelmöbel jetzt unglaublich billig. Hans Kemmer's Möbelhaus für Gelegenheitskäufe, Lothringersstraße 55, Kolonnenaden. 418*

Spären die bei den härtesten Zeiten. Wichtige Gelegenheitskäufe in neuen und vertriehen gewesenen Einrichtungen sowie Einzelmöbeln gegen Kasse sowie Teilzahlung, äußerst billig und schnell. Möbelgeschäft, Trautenstraße 160, Eingang Anflamer Straße. 252/16*

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Gust. Abraham, Arbeitstutcher
Karl Bernick, Konfekt-Gehänd.
Wilh. Helmdorf, Geschäftsdienner
Wilh. Hoffmann, Drechsler-Autofah.
Georg Müller, Bretterträger
Bernh. Nikolaiski, Wärmeschaffner
Herm. Ratje, Geschäftsdienner
Eberhard Scopolino, Auto-B.
Karl Siebenwirth, Bierfahrer
Herm. Schiaekhat, Wärmeschaffner
Carl Schönradt, Geschäftsdienner
Artur Schrick, Geschäftstutcher
Aug. Voß, Geschäftstutcher
Albert Warner, Industriearbeit.
Karl Welk, Geschäftsdienner
Wilh. Wilke, Industriearbeiter.

Ehre ihrem Andenten!
Die Bezirksverwaltung.
67/29

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Franz Hensel
Reußhölz, Landwehrstr. 14
am 11. Oktober an Lungenerleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reußhölz, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Journaler

Max Thieme
Kosfelder Str. 39, am 10. Oktober.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Seefstraße aus statt.

Ehre ihrem Andenten!
Rege Beteiligung erwartet
126/2 Die Ortsverwaltung.

Auf dem Felde der Ehre starb auf russischem Boden am 2. Oktober unser geliebter jüngster Sohn, Bruder, Onkel, Schwager und Bräutigam

Erich Schütze
im Alter von 24 Jahren.

Dies zeigen in tiefer Trauer an Die tiefbetrübten Eltern nebst Geschwistern und Braut.
237b

Westmann
I. Mohrenstraße 37 a (Kolonnaden).
II. Große Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.).
Von Mittwoch bis Sonnabend

Ausnahmepreise

Kostüme Modelle in blau, sonstiger Verkaufspreis 32.-, 29.-, 25.-, für 18.-, 15.-, 12.-	Plüschmäntel Echte Seal-Plüschmäntel, lang, sonst bis 135, für 89.- Echte Woll-Plüschmäntel, langjährige Garantie, a. Plüsch, sonst bis 94, für 50.- Velour-Plüsch, sonst bis 59, für 36.-	Wolster Feinste Qualität sonst bis 32.-, für 18.- Einzeln Modelle sonst bis 52.-, für 25.- Ein Posten Wolster ausgesuchter Qualität durchschnittlich 10.-
---	--	---

Trauermagazin.
Sonntags geöffnet.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Hertzpl. 3014.

Fahrräder.
Renntmaschinen, Tourenräder, 20,00. Schradler, Weberstraße 42 Keller. 111/9

Kaufgesuche.
Fahrradgesch. Schradler, Weberstraße 42. 111/5

Kürschner gesucht, die bei Verringerung von Material, Mannschaffensweise und Weiden ansetzen. Offert. unter L. H. 1243 an Haasenstein & Vogler, Berlin, Leipziger Straße. 221/11

Union Dortmund.
Montagemeister Fräule. Eisenbahnstation: Wülster (Holltein)

Gür Montag Hochbrück über den Kaiser-Wilhelm Kanal bei Hochdamm, tüchtig Montagearbeiter. Schlosser und Meister gesucht. 214/9

Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.